

N o t i z

Über die Gespräche zwischen dem Genossen Minister MIELKE und dem Vorsitzenden des KfS der UdSSR, Genossen V. M. TSCHEBRIKOW, am 25./26. 4. 1988 in Moskau

Teilnehmer:seitens des KfS

- Gen. Armeegeneral JEMOCHDNOV - 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des KfS der UdSSR
- Gen. Armeegeneral KRJUTSCHKOW - Stellvertreter des Vorsitzenden des KfS der UdSSR und Leiter der 1. HV
- Gen. Generallt. GRUSCHKO - 1. Stellvertreter des Leiters der 1. HV
- Gen. Generallt. MISCHTSCHENKO - Gehilfe des Vorsitzenden des KfS der UdSSR
- Gen. Generalmajor TITOW - Leiter der Vertretung des KfS der UdSSR beim MfS der DDR
- Gen. Oberst NOWIKOW - Leiter der 4. Abteilung der 1. HV des KfS der UdSSR

seitens des MfS

- Gen. Generallt. GROBMANN - Stellvertreter des Ministers und Leiter der HV A
- Gen. Generallt. IRMLER - Leiter der ZAIG
- Gen. Generalmajor DAMM - Leiter der Abteilung X
- Gen. OSL SALEVSKY - Dolmetscher

Gen. Tschebrikow: Begrüßung.

Nach einer solchen Unterredung mit dem Generalsekretär sollte man etwas stillsitzen, um nachzudenken, was zu tun ist.

Gen. Mielke: Die Sache ist sehr ereignisreich. Danach muß man ein wenig in sich gehen.

Gen. Tschebrikow: Wir waren 1 Stunde und 15 Minuten zum Gespräch. Ein reiches Gespräch. Es wurden sehr viele Fragen angesprochen. Gen. Gorbatschow hat viel über das Wesen der Umgestaltung gesprochen, über das Erreichte und über die Schwierigkeiten. Er sprach über die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und Parteien.

Gen. Mielke hat ebenfalls seine Gedanken geäußert. Man spürte, daß er aufmerksam das Buch des Gen. Gorbatschow gelesen hat. Wichtige politische Fragen wurden bereits besprochen.

Ich bitte, daß Gen. Mielke jetzt das Wort nimmt.

Gen. Mielke: Dank für die uns erneut gegebene Möglichkeit, heute wieder über einige Probleme, Meinungen und Erfahrungen austauschen zu können.

(Seit letzten Zusammenkunft in Moskau nunmehr 3 Jahre vergangen, sehr bedeutsame und ereignisreiche Jahre.)

Zunächst nochmals herzliche Kampfesgrüße des Generalsekretärs des ZK, Genossen Erich Honecker, auch des Gen. Stoph, Genossen Egon Krenz und aller bekannten Genossen der Partei- und Staatsführung - ebenso meiner Stellvertreter und aller Mitglieder des Kollegiums des MfS und der Kreisleitung der SED übermitteln.

Kampfesgrüße aller Tschekisten der DDR.

Alle Genossen messen der Zusammenarbeit unserer Organe größte Bedeutung bei.

Ich möchte auch meiner besonderen Freude Ausdruck verleihen, wenige Tage vor dem Jahrestag des Sieges und der Befreiung in Moskau, der Hauptstadt des ruhmreichen Sowjetlandes, weilen zu können. Ich betrachte das auch als einen Ausdruck des in vielen Jahrzehnten gewachsenen und gestählten Kampfbündnisses der sowjetischen und deutschen Kommunisten und Tschekisten.

Der Anlaß meines jetzigen Aufenthaltes in Moskau ist ein für mich besonders freudiger. Ich stehe noch völlig unter dem Eindruck der Ehrung mit der höchsten Auszeichnung der UdSSR und dem anschließenden gemeinsamen Besuch beim Generalsekretär der KPdSU. Bin mit der kurzen Einschätzung des Gen. Tschebrikow einverstanden. In unseren Ausführungen werden wir alle Probleme noch einmal berühren. Ich sehe die hohe Würdigung meiner Arbeit zugleich als Anerkennung für die Partei, der ich diene, für den gemeinsamen Kampf unserer Parteien, Staaten und Völker.

Mir ist es ein tiefes Bedürfnis, Ihnen, werter Genosse Viktor Michailowitsch, den anderen führenden Genossen des Komitees für Staatssicherheit, sehr herzlich zu danken für die große Anerkennung meiner Leistungen, die mir mit dieser hohen Ehrung zuteil wurde. Ich verstehe sie als eine Würdigung der Leistungen aller Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit, als eine besondere Würdigung unserer engen Kampfgemeinschaft, der für unsere gemeinsame Sache erzielten tschekistischen Arbeitsergebnisse. In diesem Sinne verstehen wir unsere Aufgaben als einen gemeinsamen Klassenauftrag unserer Parteien, den wir unter Einsatz all unserer Kräfte zu erfüllen haben.

Bei den Gesprächen geht es mir diesmal nicht um die Erörterung vieler Fragen der direkten Zusammenarbeit unserer Organe auf den verschiedensten Gebieten. Das zeigt sich im Austausch der Delegationen. Bin der Auffassung, daß die Zusammenarbeit guten Stand erreicht hat, was nicht heißen soll, daß es nicht auch noch Reserven gibt, manches nicht auch noch besser und effektiver laufen könnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, daß die Zusammenarbeit auf vielen Gebieten noch enger geworden ist. Ein besonderer Dank gebührt dabei der Vertretung des KfS in der DDR unter Leitung unseres Freundes und Kampfgefährten Gennadi Fjodorowitsch Titow. Die Genossen der Vertretung haben u. E. einen nicht unbedeutenden Anteil an dieser insgesamt guten Entwicklung in unserer Zusammenarbeit (mit welchen eigenen operativen Ergebnissen sie zur Erfüllung der Aufgaben des KfS beitragen, das möchte ich doch lieber Ihrer Einschätzung, liebe sowjetische Freunde, überlassen).

Bekanntlich enthält auch unser gemeinsamer Plan des Zusammenwirkens für 1988 erneut eine Vielzahl von Beratungen, Treffen usw. auf den verschiedenen Linien; entscheidend ist natürlich dabei, daß es zu konkreten Ergebnissen kommt, die uns in der gemeinsamen Arbeit weiter voranbringen.

Mein Stellvertreter und Leiter der HV A, Genosse Generalleutnant Großmann, beabsichtigt, diese Tage und - wenn dann noch notwendig - einen Aufenthalt im Mai in Moskau zu nutzen, ein Arbeitsgespräch mit dem Leiter der I. Hauptverwaltung des KfS, Genossen Armeegeneral Krjutschkow, zu Problemen der Zusammenarbeit und der Abstimmung von Maßnahmen zwischen den Aufklärungsorganen zu führen (auch zu Problemen in Vorbereitung der Konferenz der Leiter der Aufklärungsorgane im Oktober 1988 in Berlin, die zu einer noch engeren Abstimmung führen wird).

Wir schätzen ein, daß sich die Zusammenarbeit zwischen HV A und I. Hauptverwaltung des KfS auf allen Linien kontinuierlich entwickelt und gefestigt hat.

Dazu haben wesentlich der Aufenthalt des Genossen Armeegeneral Krjutschkow im Juni 1987 in Berlin und die Konsultationen/Abstimmungen auf den einzelnen Linien der Aufklärung beigetragen.

Der Informationsaustausch und die konkrete Abstimmung bestimmter operativer Aufgaben haben auf vielen Linien zugenommen. Besonders hervorheben möchte ich, daß sich z. B. die Informationslieferung der I. Hauptverwaltung auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, auch qualitativ, bedeutend erhöht, was sicherlich unserer gemeinsamen Sache zugute kommt.

Besondere Bedeutung messe ich auch der laut Plan für das 2. Halbjahr 1986 in Moskau vorgesehenen Beratung zwischen meinem Stellvertreter, Genossen Generalleutnant Schwanitz, und führenden Genossen des KfS zu Problemen der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der operativ-technischen Sicherstellung unserer operativen Arbeit bei.

Aus den vorgenannten Gründen bin ich deshalb der Auffassung, die jatzigen Gespräche auf einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu einigen Grundfragen des politischen und tschechistischen Kampfes konzentrieren zu können. In diese Richtung zielten auch die von mir bereits übermittelten Problem- und Fragestellungen. Das schließt natürlich ein, soweit dies für erforderlich und zweckmäßig erachtet wird, auch über weitergehende konkrete Fragen unserer Zusammenarbeit, unseres gemeinsamen Kampfes zu sprechen.

Wenn Gen. V. M. Tschebrikow einverstanden ist, würde ich ihn bitten, zunächst selbst das Wort zu nehmen und zur Beratung der Probleme Überzugehen, die aus der Sicht des KfS erforderlich erscheinen, dabei auch der Fragen, die ich bereits Übergeben habe.

Ich würde dann später noch einiges zur Lage in der DDR sagen.

Gen. Tschebrikow: Obwohl Gen. Gorbatschow ziemlich ausführlich die Lage geschildert hat, möchte ich kurz über die bevorstehenden Aufgaben sprechen und einiges ergänzen.

Zu den Fragen der Umgestaltung:

In den letzten Jahren gab es faktisch keinen Zuwachs an Nationaleinkommen. Das hat uns veranlaßt, unsere Politik zu Überprüfen, die Umgestaltung theoretisch zu "untermauern", ideologische Klarheit in viele Sachen zu bringen. Wenn auch erst kurze Zeit vergangen ist, spüren wir bereits einen gewissen Zuwachs an Nationaleinkommen. Unabhängig davon, daß die Weltmarktpreise für Erdöl niedrig blieben.

Einige andere Fragen des Außenhandels sind noch nicht gelöst. Aber wir haben schon einen gewissen Zuwachs.

Die moralische Atmosphäre der Gesellschaft hat sich verändert, die Stimmung unter den Menschen wurde anders.

Es gehen verschiedene Prozesse vor sich.

Wie Gen. Gorbatschow richtig sagte, befreit sich die Gesellschaft von der Trägheit und Passivität. Sie befaßt sich aktiv mit den Aufgaben, zu denen die Partei aufruft.

Welche Fragen beherrschen wir real und wie beeinflussen sie unser Leben:

1. Die Verabschiedung des Gesetzes über den staatlichen Betrieb (Vereinigung).

In den Betrieben sind große Veränderungen eingetreten. 60 % der erzeugten Produktion erfolgt in Betrieben, die nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Selbstfinanzierung arbeiten.

Überall wird jetzt mit dem "Rubel" gerechnet, wie man bei uns sagt, zählt jetzt sogar jede "Kopeke". Einige Betriebe sind schon nicht mehr wiederzuerkennen. Aktiv arbeiten die "Betriebsräte". Die Belegschaften sind einbezogen in die Berechnungen der Einnahmen und der Ausgaben. Man ist an Qualitätsproduktion interessiert und versucht, sich von materiellen Überbeständen zu befreien.

Aktiv wird die Modernisierung der Betriebe vorangetrieben. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Reihe neuer Betriebe nicht zu bauen, sondern alte Betriebe zu modernisieren und dadurch die Produktion zu erhöhen.

Ab 1. 1. 1989 gehen alle Betriebe zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstfinanzierung über.

Es gibt aber auch große Betriebe, die darauf noch nicht vorbereitet sind. Das wird jetzt verstärkt vorangetrieben, so daß ab 1. 1. 89 alle Betriebe nach diesem neuen Wirtschaftsmechanismus arbeiten werden.

Die richtige Linie wurde ausgearbeitet, Korrekturen der Wirtschaftspolitik wurden vorgenommen. In erster Linie betrifft dies den Maschinenbau. Unser Maschinenbau hat große Mittel zur Verfügung erhalten wie nie zuvor.

An manchen Stellen wird man es schwer haben, diese Mittel voll zu nutzen. Jeden Monat können wir feststellen, daß die Maschinenbauindustrie Fortschritte macht.

Vor kurzem wurde in Moskau eine Ausstellung durchgeführt, auf der modernste Maschinen aus der Serienproduktion vorgestellt wurden. Der Großteil der ausgestellten Maschinen war vorher bei uns noch nie produziert worden. Früher mußten wir sie importieren. Jetzt produzieren wir sie selbst bereits in Serie.

Seit dem Aprilplenium sind nur 3 Jahre vergangen, eine kurze Periode. Auf der Ausstellung konnten wir selbst sehen, was wir in diesen 3 Jahren bereits leisten konnten. Wir haben gesehen, daß wir große Reserven haben und in dieser kurzen Periode derartige Produktionen schaffen konnten.

Jetzt haben wir einigen Ministerien und Betrieben die Möglichkeit gegeben, selbst zu verkaufen, zu exportieren. Früher durfte dies nur das Außenhandelsministerium. Es wurde Holz, Erdöl, Gas, Pelze u. a. verkauft. Aber jetzt können einige Betriebe die von ihnen produzierten Maschinen selbst verkaufen. Einen bestimmten Prozentsatz des Verkaufserlöses erhält der Staat, den anderen Teil der Betrieb zum Eigenverbrauch.

Gen. Mielke: Eine wichtige Frage, die Gen. Leuschner bereits in den 50er Jahren aufgeworfen hat. Er sagte, wer gut arbeitet, soll etwas dafür haben. Dies hat man jedoch Jahrzehnte nicht beachtet!

Gen. Tschebrikow: Ich könnte konkrete Betriebe nennen. Aber es geht hier um das Prinzip. In einer breiten Front sind wir auf den Weltmarkt getreten. Alle versuchen Qualitätsproduktion zu liefern, damit sie exportieren können.

Große Bedeutung wird der Elektronikindustrie geschenkt. Gen. Gorbatschow hat darüber schon gesprochen. Große Mittel werden investiert, damit wir von niemand abhängig sind und selbst alle Probleme lösen. Die Mikroelektronik spielt in der Kooperation der sozialistischen Länder eine große Rolle. In diese Richtung arbeiten auch wir sehr aktiv.

Ich kann noch eine Reihe von Zweigen nennen, die besonders entwickelt werden.

Wir sind endlich von Mängeln abgegangen, die uns früher eigen waren. Bei den früheren Plänen wurden die Mittel so aufgeteilt, daß jeder etwas abbekommen hat, um sich weiter zu entwickeln, unabhängig wie und in welchem Umfang man den Plan erfüllte.

Der Maschinenbau erhält jetzt 60 % mehr Mittel. Einige Investitionen wurden verdoppelt. Aber einige bleiben wie früher. Es gibt jetzt eine strenge Differenzierung nach Schwerpunkten. Priorität haben die Zweige, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt entscheiden.

Jetzt werden die Fragen der Investitionen beraten. Nicht alle Fragen sind schon gelöst. Nicht zufrieden, wie der Investitionsbau verläuft.

Nicht zufrieden mit dem Transportwesen. Es läuft die Suche nach den richtigen Lösungen.

Das schwierigste Problem ist die Frage der Preise. Wir haben Großhandels- und Einzelhandelspreise, Aufkaufpreise und noch andere Preise. Es zeigt sich, daß die Preisbildung irgendwie "stückweise" vor sich geht. Einige Fragen wurden gelöst, einige nicht. Eine Produktion ist rentabel, die andere Produktion erhält Dotationen. Es gibt hier eine sehr bunte Palette. Ich will sie nicht alle anführen. Es gibt viel Zahlenmaterial. Eine Regierungskommission wurde gebildet, Wissenschaftler und Ökonomen wurden hinzugezogen.

Bei der Ausarbeitung von Arbeitsdokumenten ist man schon gut vorangekommen, aber es gibt noch keine konkreten Vorschläge. Bezüglich unserer Preispolitik sind wir noch nicht an die Bevölkerung, an die Gesellschaft herangetreten. Wenn es uns gelingt, diese Fragen richtig zu lösen und wir mit unseren Vorschlägen zur Preispolitik beim Volk ankommen, dann würde dies einen riesigen Sprung nach vorn bedeuten.

Gen. Mielke: Diese Frage ist sehr eng mit der Bevölkerung, den Betrieben, LPG usw. verbunden.

Gen. Tschebrikow: Richtig. Große Bedeutung für die einfachen Menschen. Hier ist alles eng miteinander verknüpft, mit gegenseitiger Wirkung.

Ein falscher Beschluß könnte zu Disproportionen führen. Deshalb werden wir uns mit diesem Problem sehr eingehend und gründlich befassen. Dies ist die schwierigste Frage, mit der wir uns befassen.

Gen. Mielke: Dies ist im ganzen sozialistischen Lager das Problem.

Gen. Tschebrikow: Aber es muß gelöst werden. So geht es nicht weiter mit der Preisbildungspolitik.

Mal sehen, ob es uns noch in diesem Jahr gelingt. Wenn nicht, dann unbedingt im nächsten Jahr. Der neue Fünfjahrplan muß auf jeden Fall mit einer neuen Preispolitik durchgeführt werden.

Welche weiteren Fragen gibt es, die im Moment gelöst werden?

Große Aufmerksamkeit wird dem Gesundheitswesen geschenkt. Wir haben geprüft, was wir an Mittelreserven haben und haben zusätzliche Mittel für die Entwicklung des Gesundheitswesens gefunden.

Für die Augenmikrochirurgie bauen wir nach dem Moskauer Vorbild in verschiedenen Teilen des Landes 11 Kliniken. Ich war vor kurzem in Tscheboksary. Dort gibt es schon so ein Zentrum, wo Operationen genauso wie in Moskau ausgeführt werden. Solche Zentren werden überall in der Sowjetunion gebaut. Es ist real, daß in einigen Jahren jeder Sowjetbürger, der es benötigt, Hilfe bei Augenkrankheiten erhält.

Moskau erhält soviel Mittel, daß 10 große Krankenhäuser gebaut und ausgerüstet werden können, wie es bereits am Mitschurinprospekt eines gibt.

Moskau hat umfangreiche Mittel zur Rekonstruktion der alten Krankenhäuser erhalten. Die entsprechenden Ministerien und Einrichtungen haben die erforderlichen Weisungen erhalten. Ebenso erfolgt dies in anderen Städten aller Unionsrepubliken. Das Programm ist schon im Gange und wird schon realisiert.

Auf dem Lande gibt es interessante Veränderungen. Sicher haben Sie schon von den Familien/Brigadeleistungsverträgen gehört. Sie bringen hohe Ernten. Sie arbeiten im Rahmen des

Kolchos. Nicht außerhalb. Aber sie bekommen einen bestimmten Bodenanteil zur Bearbeitung. Sie gehen verantwortungsvoll heran. Dies hat auch gesellschaftliche Auswirkungen. Ihre gute Arbeit strahlt auch auf die anderen aus und sie werden auch gut arbeiten. Es gibt dabei eine Vielfalt der Formen. Vielleicht werden in Zukunft noch andere Formen erscheinen. Natürlich wird weiter gesucht. Wichtig ist, die Produktion zu steigern und die Qualität zu erhöhen.

Genossenschaften werden entwickelt. Ihr Anteil ist noch unbedeutend. Etwa 3 % der Produktion kommt von den Genossenschaften. Noch kein Einfluß auf die Gesellschaft. Wir werden sehen, wie es sich entwickelt in den verschiedenen Zweigen.

Es gibt viele Veränderungen bei uns. Wie Gen. Gorbatschow gesagt hat, muß sich das Denken schneller entwickeln. Man muß auf neue Art und schneller denken. Manchem fällt es leichter, einem anderen schwerer und andere wieder bleiben zurück. Das Leben belehrt die anderen. Das zur Umgestaltung allgemein.

Zur Umgestaltung der Staatssicherheit.

In der Leitung des KfS haben wir uns öfters zusammengesetzt, überlegt und diskutiert, wie wir unsere Arbeit umgestalten sollen. Wir haben entschieden, eine wissenschaftlich-praktische Konferenz im KfS durchzuführen unter dem Titel "Demokratisierung der Gesellschaft und die Organe der Staatssicherheit".

Auf diese Konferenz haben wir uns etwa 8 Monate vorbereitet, haben alle Genossen informiert, welche Gedanken und welche Vorschläge auf der Tagesordnung stehen.

Auf dieser Konferenz habe ich den Vortrag gehalten, um die Hauptrichtungen festzulegen.

Dann hatten die Genossen die Möglichkeit aufzutreten. Aus den zentralen und örtlichen Dienstseinheiten haben 700 Genossen gesprochen. Jeder hat interessante Gedanken geäußert, wie er über die künftige Arbeit der Organe denkt. Jetzt werden die Gedanken verallgemeinert. Einiges realisieren wir schon in unserer Arbeit. Worin besteht das Neue im Herangehen an unsere Arbeit:

Einige Probleme sollen mit politischen Mitteln gelöst werden, wie es unsere Partei lehrt und wie die Partei jetzt sagt: Politische Probleme sollen politisch gelöst werden!

Die Zahl der Festnahmen ist niedriger geworden. Mit den Leuten, die einen falschen Weg beschritten haben, versuchen wir zu arbeiten, sie zu belehren oder ihre Tätigkeit zu "dokumentieren".

Die Frage der "Dokumentierung" ist eine sehr ernste Frage. Wir widmen ihr große Aufmerksamkeit. Zu einigen Personen haben wir schon genug "dokumentiert", aber greifen nicht zum äußersten Mittel der Festnahme. Wir versuchen zuerst, auf diese Personen über unsere Presse einzuwirken. Über einige Personen und ihre Tätigkeit haben wir in unserer Presse offen geschrieben. Früher haben wir die Presse weniger genutzt, um den Gegner zu entlarven, sondern nur gegen die äußeren Feinde.

Jetzt schreiben wir immer mehr über unsere inneren Feinde. Wir versuchen "Glasnost" weiter auszunutzen. Wir haben schon konkrete Formen dazu. In der Wochenzeitung "Argumente und Fakten" gibt es eine Rubrik: "Das KfS informiert". Es wurde erst vor kurzem geschaffen, aber schon 3 - 4 Materialien wurden veröffentlicht.

Wir nutzen die Methode "Glasnost" und schreiben und berichten über unsere spezifische Tätigkeit. Jetzt beabsichtigen wir, breiter im Fernsehen aufzutreten. (Sendung: "Ich diene der Sowjetunion!") Wir haben schon mehrere Materialien ausgestrahlt, über die Grenzsoldaten und einige andere Fragen. Wir spüren, daß dies nicht genug ist. "Glasnost" kann man noch mehr ausnutzen. Presse, Rundfunk, Fernsehen werden wir unter Berücksichtigung der Konspiration noch stärker nutzen.

Zu Kaderfragen.

Wir haben hohe Anforderungen an die Mitarbeiter der Kaderverwaltung gestellt.

Wir wollen keine Säuberung oder Kürzung vornehmen, keine Kampagne einleiten.

In einigen Dienststeinheiten wurde schon eine solche Atmosphäre geschaffen, daß einige sagen, unter diesen Bedingungen kann ich nicht arbeiten, lassen Sie mich in Pension gehen.

So sind bereits 800 - 1000 Generale, Oberste und Oberstleutnants ausgeschieden. Die junge Generation kommt. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Kaderstärkung bringt uns an einigen Abschnitten bereits gute Ergebnisse.

Wir haben die Frage der kademäßigen Überprüfung von Sowjetbürgern analysiert, die Frage der Zuverlässigkeit von Geheimnistägern.

Es gab dafür 3 Kategorien (1 - 2 - 3). Dies haben wir noch einmal geprüft und haben die Kategorie 3 beseitigt. Nur noch die Kategorien 1 und 2 werden überprüft. Eine bedeutende Zahl von sowjetischen Menschen werden nicht mehr überprüft. Wir sind der Meinung, daß dies der Demokratisierung in unserem Lande entspricht. Insgesamt ist dies positiv für uns.

Wir analysieren eingehend unsere Tätigkeit um zu sehen, wo etwas verändert werden muß. Dies wird verändert. Was bleiben muß, bleibt. Oder wo etwas verstärkt werden muß. Aber einige Abschnitte kann man beseitigen.

Wir haben die Zahl der "geschlossenen Städte", der Sperrgebiete angesehen und beschlossen, die Zahl solcher Städte bzw. Gebiete zu reduzieren.

Jetzt wird es bei uns "Gemischte Betriebe" geben mit Beteiligung ausländischer Firmen. Einige befinden sich gerade in solchen gesperrten Städten bzw. Gebieten.

Dies bedeutet natürlich nicht, daß das gesamte Regime aufgehoben wird. Aber die Tschekisten müssen neue Arbeitsmethoden entwickeln, um die Geheimnisse nach wie vor zu sichern, also nur mit anderen Methoden.

Die wichtigste Forderung war und bleibt, die Situation zu beherrschen. Diese Forderung bleibt! Aber einige Formen und Methoden müssen geändert werden.

Wir sehen, daß dies in einigen Orten nicht mehr den Nutzeffekt bringt.

In jedem Fall gehen wir vom Prinzip der Effektivität aus.

Ein Beispiel: Wir haben mehrere Tausend Bürger für die 3. Kategorie überprüft und nur 8 wurden nicht bestätigt. Die Kräfte für diese Überprüfungen kann man effektiver an anderen Abschnitten einsetzen. Die freigesetzten Kräfte behalten wir natürlich.

Gen. Mialke: Der konkrete Fall muß bearbeitet werden.

Gen. Tschebrikow: Ja, das ist richtig. Aber wenn wir sehen, daß es nicht mehr nötig ist, dann verändern wir es.

Gen. Mielke: Durch den Einsatz von Wissenschaft und Technik ist sowieso einiges bekannt.

Gen. Tschebrikow: Dies berücksichtigen wir. Man muß die Fragen beherrschen, die der Feind nicht kennt und den Feind zu diesen Geheimnissen nicht zulassen.

Man könnte dieses Thema noch weiter fortsetzen. Wir analysieren exakt die Tätigkeit der Sicherheitsorgane, um die Arbeit entsprechend den Beschlüssen der Partei zu verbessern.

Vor uns wird die Aufgabe gestellt zur Erfüllung der Beschlüsse der XIX. Allunionskonferenz. Diese werden die Fragen der Demokratisierung der Gesellschaft behandeln. Hier sollen wir uns Gedanken machen über die künftigen Aufgaben.

Alles, was wir besprochen haben, betrifft nicht die Tätigkeit zur Bekämpfung der westlichen Geheimdienste. Dort ist alles beim Alten geblieben. Wir wollen diese Fragen noch einmal auf die Tagesordnung bringen.

Ich habe auch nicht über die feindlichen Elemente gesprochen, die offenen Banditen, die gegen die Sowjetmacht kämpfen. Ich habe auch nicht über den Terror gesprochen. Auf diesem Gebiet wird die Arbeit verstärkt. Wir werden nichts zulassen und diesen Fragen große Aufmerksamkeit schenken.

Wir müssen viel tun im Zusammenhang mit den nationalistischen Erscheinungen in unserem Lande:

Kasachstan
Baltische Republiken
Aserbaidshan
Armenien

Dies waren die größten und wichtigsten Erscheinungen und Ereignisse.

Das Gemeinsame ist, daß es nationalistische Erscheinungen waren, aber jede hat ihre Spezifik und ihre Besonderheiten.

Kasachstan

Bekanntlich ist die kasachische Bevölkerung in verschiedene "Stämme" gegliedert. Der Stamm, der Verbindung zu Kunajew hatte, war bestrebt, seinen Leuten die beste Ausbildung zu geben und mit entsprechend "hohen Posten" zu versorgen. Als Kunajew zurücktreten mußte, hatten sie begriffen, daß sie viele Posten verlieren werden und sind deshalb zu seiner Verteidigung aufgetreten. Deshalb entwickelten sich diese nationalistischen Erscheinungen.

Jetzt ist die Lage in Kasachstan normal. Die neue Leitung hat alle Nuancen dieser Erscheinung analysiert und viele richtige Beschlüsse gefaßt, Beschlüsse, die das einfache Volk berührten.

Die Organe der Staatssicherheit Kasachstans haben gute Hilfe geleistet. Zur Ehre unserer kasachischen Genossen muß man sagen, daß sie in die Ereignisse nicht einbezogen waren. Es war nicht nötig, jemand zu entlassen. Sie haben sich richtig verhalten. Wenn in Kasachstan weiterhin diese richtige politische Linie durchgeführt wird, dann könnte man feststellen, daß die Republik die vor ihr stehenden Aufgaben lösen wird.

Ausländische Stellen hatten keine Verbindung zu den Erscheinungen in Kasachstan.

Baltische Republiken

Dies hat seine Besonderheiten. Zuerst gab es keine Massendemonstrationen, keine Zusammenrottungen. Es gab einzelne Meetings, Versammlungen, Auftritte, Flugblätter, Aufrufe, Diskussionen usw.

Hierbei muß man beachten, daß die Sowjetmacht erst in den 50er Jahren Fuß gefaßt hat.

Die Republiken waren erst kurz vor dem Krieg zur Sowjetunion gekommen und während des Krieges besetzt. Nach dem Krieg gab es jahrelang Kämpfe mit den faschistischen Banden. Die Banditen erhielten Geld und Bewaffnung aus dem Ausland. Die letzten Banden wurden erst 1952 liquidiert. Als Sowjetmacht ist dies nur eine kurze Periode.

In den Republiken leben noch viele ehemalige "Adlige".

Im Ausland gibt es starke und effektiv wirkende nationalistische Zentren. Sie üben nach wie vor einen großen Einfluß auf die Ereignisse in diesen Republiken aus. Dort ist auf den verschiedensten Gebieten noch viel Arbeit zu leisten (Partei, politische Arbeit, tschekistische Arbeit).

Dazu braucht man viel Zeit. Es gibt auch gesunde Kräfte. Dies ist die Mehrheit.

Teilnehmer an diesen Veranstaltungen waren Dutzende, Hunderte von Menschen. Aber sie wurden aktiviert. In den baltischen Republiken hat die katholische Kirche starke, traditionelle Positionen. Dies besteht schon seit vielen Jahren. Alle versuchen sich anzupassen.

In Vilnius wurde als Symbolfigur eine "Nonne" aufgebaut. Wir kennen sie und alle Pläne. Sie ist von starken Figuren umgeben. Aber sie wurde in den Vordergrund geschoben.

Dort kennen wir die Lage nicht schlecht.
In jeder Republik gibt es dann noch eine andere Spezifik.

In Lettland gibt es eine revolutionäre Arbeiterklasse.
In Estland ist der Einfluß von außen am Stärksten.

In Kaunas ist in der vorigen Woche der Stellvertreter des Vorsitzenden des KfS als Abgeordneter gewählt worden. Es gab nur 4 Gegenstimmen, obwohl gegen ihn eine starke Propaganda geführt wurde.
Es gibt einen Kampf der gesunden Kräfte gegen die negativen.

In Estland ist dies komplizierter.
Dort befindet sich zur Zeit eine Kommission des ZK, um die Lage zu analysieren und Wege zu einer Lösung zu suchen.

Nagorny Karabach

Die Sache selbst begann mit einem theoretischen Problem. Dies hat eine sehr lange Geschichte. Ich weiß nicht, wie viele hunderte Jahre vor der Sowjetmacht dies schon eine Rolle spielte. Nach der Oktoberrevolution gab es in dieser Frage auch verschiedene, unterschiedliche Entscheidungen. Einmal gehörte dieses Gebiet zu Armenien, einmal zu Aserbaidshan. Schließlich blieb es bei Aserbaidshan. Dies ist das größte der Probleme. Während der folgenden Jahre wurde von den verschiedenen leitenden Kadern diese Frage unterschiedlich angesehen. Es gab Funktionäre, die sich mit dieser Frage beschäftigten, um sie zu lösen. Andere verhielten sich zu diesem Problem gleichgültig und waren nicht bemüht, es zu lösen.

Daneben steht die Frage der Religion. Die Armenier sind Christen, die Aserbaidshaner sind Muselmanen. Die religiösen Fragen spielen heute bei uns auch eine Rolle.

Die Türken führten früher gegen die Armenier eine Genozid-Politik durch.

Es wurden die verschiedensten Ideen geäußert, daß die Armenier ihr Land von Meer zu Meer erweitern wollen. Es gab verschiedene Lösungen dazu in der letzten Zeit. Daß diese Frage die Menschen beunruhigte, war bekannt.

Wie Gen. Gorbatschow heute sagte, hat das KfS entsprechende Informationen geliefert.

Gen. Mielke: Gen. Tschebrikow hat gesagt, daß die politischen und staatlichen Funktionäre eingeschätzt haben, daß es nichts gibt. Wenn nichts ist, braucht das KfS nicht zu arbeiten. Dieser Gedanke hat mir nicht gefallen. Die Staatssicherheit muß trotzdem arbeiten. Gen. Gorbatschow hat das KfS verteidigt und gesagt: "Jawohl, sie haben es gewußt und uns rechtzeitig informiert." Dies ist wichtig, weil die Geschichte gezeigt hat, daß wichtige Informationen nicht beachtet wurden.

Für mich eine außerordentlich wichtige Lehre: daß die Tschekisten gemeldet haben (wie ich es oft auch unserer Führung sage)

In den Grundfragen wurde bisher alles rechtzeitig gemeldet.

Dies habe ich Gen. Gorbatschow zu Ehren des Gen. Tschebrikow, des KfS gesagt.

Gen. Tschebrikow: Die Ereignisse entwickelten sich nicht einfach. Eine organisierte Tätigkeit gab es zunächst nicht. Es waren selbständig wirkende Gruppierungen, die sich erst im Laufe der Ereignisse herausbildeten. Jetzt sind sie aufgelöst. Man kann viel darüber sprechen. Das Problem steht nicht mehr auf der Tagesordnung, aber es bleibt.

Ein Teil der Armenier ist der Meinung, daß Karabach angegliedert werden soll. Dann gibt es Historiker und Akademiker, die verschiedene Ansichten vertreten. Einige Bürger berührt dies überhaupt nicht oder wissen überhaupt nicht, was richtig ist.

Die Geheimdienste waren im Spiel. Z. B. die Daschnaken. Einer der Rädelsführer, ein Vorbestrafter, kam nach Moskau und hatte Kontakt mit den Amerikanern. Wir haben diesen Fall festgestellt und dokumentiert. Diese Person wurde festgenommen und wird vor Gericht gestellt.

Gen. Mielke: Dies ist eine wichtige Frage. Gibt es Beweise?

Gen. Tschebrikow: Die Gerichtsverhandlung wird dies beweisen. Das Wichtigste ist jetzt, viel mit den Menschen zu arbeiten.

Unsere Genossen waren während der Ereignisse an Ort und Stelle. Wie sie mir später berichteten, haben sie mit einer einfachen Armenierin gesprochen. Diese sagte ihnen: Die Ereignisse haben gezeigt, daß unsere Führer nur an Territorien denken und nicht an unsere einfachen Menschen. Hätten sie an uns gedacht, wäre dies nicht geschehen. Die Führer wollen immer mehr Territorium. Warum muß man innerhalb der Sowjetunion Grenzen festlegen? Alles wird aus den gleichen Quellen gespeist. Das ist doch Nationalismus der örtlichen Funktionäre.

Auch die Tschekisten haben nicht alles richtig verfolgt.

Es ist eine ernsthafte Erziehungsarbeit zu leisten, damit die Menschen ruhig nebeneinander auf dem gleichen Boden arbeiten und leben.

Es gibt keinen Grund für Stagnation. Es gab einige Fragen und Mängel. Keine ausreichenden Schulen, Fernsehen arbeitete schlecht, wenige armenische Bücher wurden herausgegeben, vernachlässigte nationale Heiligtümer und Denkmäler. Dies wird bereits verändert. Es gab noch einige ernste Probleme.

Einige historische Denkmäler wurden nicht gepflegt bzw. sogar abgebaut. Dies hat die Menschen berührt. Ein einfacher Mensch reagiert heftig darauf.

Alles, was die Menschen bewegt, muß an Ort und Stelle bearbeitet und gelöst werden.

Wir werden natürlich gegen die westlichen Zentren arbeiten. Es gibt im Ausland eine starke armenische Kolonie. Sie arbeiten sehr stark. Sie sind sehr reich. Diese Fragen müssen wir berücksichtigen.

Zum Treffen mit Reagan

Shultz war bei uns zu Besuch. Es wurden Verhandlungen geführt. Zu den Mittelstreckenraketen und den Raketen kürzerer Reichweite wird es keine Schwierigkeiten mit der Ratifizierung geben.

Shultz führte ein Spiel auf amerikanische Art. Er behauptet, es gibt Schwierigkeiten, aber letzten Endes wird es geregelt. Er hat viel über Schwierigkeiten gesprochen. Dieser Teil ist schon überwunden. Alles wird positiv entschieden.

Wir beschäftigen uns jetzt mit den Fragen der Kontrolle und Inspektion. Zu uns kommen sie. Wir wissen wohin, in welche Orte sie kommen. Wir haben einen ausführlichen Plan ausgearbeitet, wie wir die Leute empfangen werden, wie wir sie transportieren werden.

Jeder weiß schon, wofür er verantwortlich ist. Es gibt eine Operativgruppe.

Der Kontrollabschnitt ist schon konkret ausgearbeitet. Wir stellen uns schon vor, wie wir arbeiten werden. Wir lassen sie nicht dorthin, wo es nicht nötig ist. Dort, wohin sie fahren, ist alles vorbereitet.

Die zweite Frage ist die 50 %ige Abrüstung der strategischen Angriffswaffen. Die Amerikaner sind dazu nicht bereit. Aus welchen Gründen ist schwer zu sagen. Es gibt einige Überlegungen.

Eine wäre: Die Reaganadministration geht bald weg. Man will diesen Leuten keinen Triumph mehr gönnen.

Eine zweite Überlegung: Es gibt eine Reihe von Fragen, in denen wir Meinungsverschiedenheiten haben. Bei den Verhandlungen wollen sie diesen Fragen ausweichen.

Die Flügelraketen auf Flugzeugen sind auch Angriffswaffen. Sie wollen sie nicht mitzählen.

Die seegestützten Flügelraketen sind ebenfalls ein Problem.

Die Amerikaner haben schon öfter das Wort gebraucht: "Zugeständnis der Sowjetunion", obwohl wir, wenn wir die früheren Vereinbarungen analysieren, wenig Zugeständnisse gemacht haben. Alles wurde auf gegenseitiger Grundlage gemacht. Wir haben bis jetzt keine Zugeständnisse gemacht und machen auch keine.

Deshalb kann es allgemeine Gespräche geben. Vielleicht wird auch ein allgemeines Dokument ausgearbeitet.

Sie wollen kein zweites Rejkjavik. Ein erstes Dokument zur 50 %igen Abrüstung der strategischen Raketen wird es in Moskau nicht geben.

Es gibt auch andere Überlegungen.

In diesen 3 Jahren ist es bereits das 4. Treffen mit dem Präsidenten. Kann man in dieser kurzen Zeit jedes Treffen mit großen Ergebnissen abschließen?

Etwas anderes wäre, wenn das Gipfeltreffen alle 10 Jahre ist. Aber in dieser kurzen Zeit kann man nicht von jedem Treffen solche Ergebnisse erwarten. Das wissen sie und wir auch.

Das Treffen wird stattfinden. Die Vereinbarung wird unterzeichnet, aber die anderen Probleme bleiben.

Während des Besuches von Shultz hat Reagan zwei Reden im antisowjetischen Geist gehalten. Shultz wurde ganz deutlich in Moskau gesagt: "Hört auf damit, wenn Ihr mit uns verhandeln wollt! Sie kommen nach Moskau und der Präsident tritt so auf! Das Volk liest es und fragt, warum trifft Ihr Euch, wenn sie sich so aufführen. Wenn Sie dies fortsetzen, werden wir nicht mehr zusammentreffen." Es wurde ihm sehr scharf gesagt.

Es wird ein allgemeines Dokument für die künftige Etappe geben.

Es wird kompliziert sein und bestimmte Ergebnisse bringen.

Wir müssen die Interessen der Amerikaner respektieren und sie müssen unsere Interessen respektieren. Das wird bestimmte Erfolge bringen. Auf einem anderen Wege werden wir nichts erreichen. Wir werden sehen.

Shultz hat versucht, über die Menschenrechte zu sprechen. Er hat eine Abfuhr erhalten. Über die Menschenrechte wurde einfach nicht gesprochen. Ihm wurde gesagt: "Schluß mit dem Gerede!" Seine Antwort: "Well, well." Damit war es abgeschlossen.

Gen. Mielke: Wir haben mit Gen. Gorbatschow gesprochen über eventuelle Ergebnisse in Wien. Für uns ist die Frage der Menschenrechte besonders kompliziert.

Gen. Tschebrikow: Dem Punkt 23 stimmen wir nicht zu. Allen anderen Punkten kann man evtl. zustimmen, wenn der Schlußteil die Festlegung enthält, daß "die nationale Gesetzgebung" zu beachten ist. Dies hat den Vorrang. Ohne diesen Zusatz werden wir nicht zustimmen.

Mit dieser Position ist die Delegation zu den Verhandlungen gefahren, um von dieser Position aus die Verhandlungen zu führen.

Wir bereiten uns jetzt aktiv auf den Besuch des Präsidenten vor.

Gen. Mielke: Die USA haben die Möglichkeit, bis zu 13 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens Inspektionen auf den Hoheitsgebieten der UdSSR, DDR und CSSR durchzuführen.

Gen. Tschebrikow: Nur an bestimmten Orten.

Gen. Mielke: Für uns steht die Frage, ob es nicht notwendig wäre, eine Abstimmung zwischen unseren Organen vorzunehmen, um die Abwehrarbeit gegen die Spionagetätigkeit zu führen. Diese Prinzipien müßten wir erarbeiten.

Gibt es so einen Gedanken zur operativen Absicherung dieser Inspektionstätigkeit oder die Notwendigkeit der engeren Abstimmung, die sich aus den Inspektionen ergeben?

Es gibt solche Sachen, daß der Vertreter der III. Hauptverwaltung des KfS, Gen. Japifanzew, dafür eine Datenbank schaffen will, in der alle Angaben über diese Inspektionen (Personen, Methoden, eingesetzte Mittel usw.) gespeichert werden sollen. Wir sind der Meinung, daß man diese Angaben im SOUD speichern und keine neue Datenbank schaffen sollte. Man sollte für alle Bruderorgane dieses Informationssystem verstärken!

Wir haben eine ganze Reihe Maßnahmen durchgeführt, um zu kontrollieren, wie diese Raketen abgezogen wurden, damit alles in Ordnung geht. Einschließlich der Frage der Sicherheit, wenn Havarien auftreten. Wir haben aber auch festgestellt, daß die Geheimdienste mit besonderer Technik Spionage betreiben, um Feststellungen über Nuklearwaffentransporte zu treffen.

Für uns zeigt sich die Notwendigkeit:

- a) entweder muß eine Vormeldung an uns gegeben werden, daß wir die Sicherheit organisieren können, damit wir sichern, daß solche Transporte nicht unter die Kontrolle der Feindmächte kommen
- b) noch wichtiger ist (in der Parteiführung noch nicht darüber gesprochen), daß die Transporte ohne Kontrolle erfolgen. Wenn eine Havarie entstehen würde, wer trifft dann die nötigen Maßnahmen? Ausschließen kann man so etwas nicht. Wir müssen "Vordenken". Entweder müssen die Transporte selbst dieses Sicherungskommando haben oder man muß mit uns sprechen, damit wir die erforderlichen Maßnahmen treffen. Wenn eine Havarie auf dem eng begrenzten Gebiet der DDR eintreten würde, wäre dies furchtbar.

Noch eine Frage: Inwieweit sollen die MVM das Recht erhalten für Inspektionen? Sollen sie einbezogen werden? Dann würden sie regelrechte geheimdienstliche Möglichkeiten erhalten für Aufklärungshandlungen.

Wenn die Frage nicht gleich beantwortet werden kann in diesen Tagen, sollte in Kürze eine Beratung der zuständigen Dienst-einheiten dazu erfolgen.

Noch ein Gedanke: Es kann ein einfaches Flugzeug auf einen Reaktor abstürzen und dann haben wir die Katastrophe.

Deshalb müssen wir den Gesamtkomplex der Kontrollinspektionen gemeinsam erarbeiten.

Wir sprechen zwar über die Verhinderung von Überraschungen, aber das Problem ist sehr kompliziert.

Gen. Tschebrikow: Der Plan unserer Arbeit ist fertiggestellt. Deshalb besteht volle Klarheit. Darüber kann man sprechen. Vielleicht müssen wir andere sozialistische Länder mehr heranziehen.

Gen. Mielke: Die zuständigen Linien sollten zusammenkommen.

Gen. Tschebrikow: Das kann man machen. Jedes sozialistische Land hat bestimmte Möglichkeiten gegenüber der NATO.

Es wäre nicht schlecht, alle Bemühungen der sozialistischen Länder zusammenzufassen.

Gen. Mielke: Ich muß die Frage der Transporte stellen. Wenn ich das Problem als MfS erkannt habe, kann ich nicht schweigen. Ich muß sagen können, daß Havarien, die sein könnten, abgefangen werden.

Gen. Tschebrikow: Wir werden dies überlegen.

Gen. Mielke: Dies ist sehr wichtig. Dies ist nicht ausgedacht. Wir wissen, wie der Feind arbeitet und wie er auch alle Transporte registriert. Dies ist die eine Sache.

Die zweite Sache ist das Problem der Havaris. Wir werden sehr viel Arbeit damit haben.

Gen. Tschebrikow: Afghanistan

Der Beschluß wurde gefaßt. Die Dokumente sind unterzeichnet. Am 15. Mai beginnen wir mit dem Rückzug. Wir sehen keinen Grund, den Rückzug zu verzögern.

Gen. Krjutschkow beschäftigt sich sehr stark mit Afghanistan. Er weiß schon nicht mehr, wie oft er dort war, vielleicht 24 x.

Gen. Mielke: Gen. Gorbatschow hat dazu wichtige Gedanken geäußert.

Gen. Tschebrikow: Wir leisten Afghanistan große Hilfe. Wir gehen von der schlimmsten Variante aus. Alle unsere Pläne sind damit verbunden.

Der Rückzug erfolgt zuerst aus dem westlichen Teil, dann der östliche Teil und Kabul. Es gibt konkrete Marschrouten.

Die gesamte militärische Absicherung ist schon ausgearbeitet, weil wir Verluste vermeiden sollen.

Der Rückzug erfolgt nicht als "Parade", aber auch nicht als "Flucht". Wir wollen Verluste vermeiden. Wir wollen, daß Afghanistan ein nichtpaktgebundener, freundschaftlicher Nachbar ist. Natürlich sind alle diese Jahre nicht umsonst für Afghanistan verlaufen. Viele Afghanen haben bei uns studiert. Wir lassen viele Freunde in Afghanistan zurück. Lassen Waffen zurück. Eine bestimmte Zahl von Baratern bleibt zurück. Natürlich, daß es nicht als Belastung der Genfer Vereinbarungen angesehen werden kann.

Alles ist schon ausgearbeitet. Welche Veränderungen vollziehen sich jetzt? Die konterrevolutionären Banden haben schon den Kampf zwischen sich über den künftigen Einfluß begonnen. Das kann für die Regierung günstig sein, wenn sie gegeneinander Krieg führen. Dies ist nützlich.

Nadjibullah handelt sehr klug, ausgewogen und vernünftig. Er ist ein großer Realist. Er tut viel für die Festigung der Macht. Er hat sehr viel in der Kaderpolitik gemacht. Er verhält sich ruhig gegenüber der künftigen Koalitionsregierung und unternimmt schon praktische Schritte für die Bildung dieser Koalitionsregierung.

Wenn sich die Amerikaner an die Verpflichtungen der Vereinbarung halten, wird sich die Lage normal entwickeln. Aber anders wird es, wenn sie weiter Waffen liefern, wenn sie die Lage weiter anheizen. Ob sie selbst dort einmarschieren ist eine noch nicht bekannte Frage.

Mal sehen, wie dies wird.

Eine ernste Frage ist die Frage der Flüchtlinge. Sehr viele werden zurückkehren. Eine große Arbeit für die Regierung. Wir helfen jetzt Kabul zu festigen, leisten Hilfe für die Bildung der "Garde" zum Schutz des Präsidenten und der Regierung. 33.000 Menschen werden dies sein. Besonders ausgebildet. Nur Afghanen.

Wir werden helfen beim Bau von Betrieben d. h. Voraussetzungen zu schaffen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

So wie wir es sehen, ist alles vorbereitet.

Alle Varianten wurden durchgespielt.

In Taschkent wurde alles mit Nadjibullah besprochen. Wir werden Hilfe leisten. Es werden neue Fragen entstehen.

Je weniger neue Ereignisse kommen, desto leichter wird es.

Viel hängt von Haltung der Amerikaner ab. Eine große Rolle spielt Indien. Moralisch und politisch. Indien sieht seine Interessen. Es kann eine große Rolle spielen. Wir unterstützen dies. Indien soll bei der Stabilisierung der Lage in Afghanistan eine positive Rolle spielen.

Der Abzug der Truppen aus Afghanistan wird bis Februar 1989 abgeschlossen sein. Dies ist die maximale Frist. Im Laufe dieses Jahres kann man in diesem Land noch einiges tun, um das jetzige Regime zu festigen.

Gen. Mielke: Wie stellt man sich die Tätigkeit der Berater vor?

Gen. Tschebrikow: Die meisten werden in Kabul stationiert.

Es werden Berater auf folgenden Gebieten sein:

Ökonomie
Militär
KfS
MdI
Partei
Komsomol

Ein geringer Teil wird im Lande (Peripherie) stationiert in Abhängigkeit der Möglichkeit ihres Schutzes. Jetzt sind noch Sicherungseinheiten da. Dann sind keine mehr da. Dies ist keine einfache Frage.

Gen. Mielke: Wie sieht man unsere Rolle? Wie können wir dort helfen?

Gen. Tschebrikow: Man muß von Kabul anfangen. Es wird nicht gelingen, überall dort Berater zu haben, wo wir sie jetzt haben.

Wie werden wir sie schützen?

Gen. Mielke: Zu Afghanistan gibt es in der deutschen Ausgabe von "Moscow News" einen schlimmen Artikel.

Gen. Tschebrikow: Wenn wir abziehen, wird es keine Verwundeten und Toten mehr geben. Deshalb ziehen wir die Truppen ab.

Gen. Mielke: Danke für die ausführlichen Informationen. Möchte wie üblich ein "operatives Geschenk" übergeben (sh. Brief vom 24. 4. 88).

Gleichzeitig möchte ich eine Erläuterung zur Problematik "Mikroelektronik" übergeben.

Sehr erfreut, daß sich am Mausoleum nichts ändert. Dies ist ideologisch sehr gut, daß die Massen sehen, daß es kein Abweichen vom Aufbau des Sozialismus gibt. Wir hatten beim Besuch des Mausoleums und der Kremllmauer die Flugzeugbesatzung mit. Eine Reihe von ihnen war schon oft in Moskau, aber nicht im Mausoleum. Aber dies ist alles eine Frage der Ideologie, der Erziehung, der Führung dieser Menschen und für die Menschen selbst, sich davon zu überzeugen, daß der Sozialismus fest steht.

Vielen Dank für die gute Organisation. Dem Kremlikommandanten haben wir eine Aufmerksamkeit übermittelt. Er machte einen sehr guten Eindruck auf mich. Über 100 Millionen waren schon im Mausoleum. Dies ist ein Ausdruck des Leninismus. Ob man will oder nicht. Der Feind muß dies anerkennen. Die Menschen erweisen diesem Genius ihre Ehre. Deshalb herzlichen Dank von all unseren Genossen. Bitte dies auch Gen. Gorbatschow zu übermitteln. Ich stehe noch ganz unter dem Eindruck des Treffens mit ihm. Wir haben es schon zum Teil ausgewertet und uns Gedanken gemacht, wie wir das umsetzen, was gestern festgestellt wurde.

Gen. Tschebrikow: Danke dafür.

Gen. Mielke: Nochmals herzlichen Dank. Dies alles ist ein Ausdruck unserer guten menschlichen Beziehungen. Keine diplomatischen, formalen Beziehungen sondern menschliche, kommunistische Beziehungen drücken sich darin aus.

Gestatten Sie einige Ausführungen zur Lage in der DDR und zu den Fragen, die für uns noch offen sind.

Grundsätzlich ist, daß die Lage in der DDR politisch stabil ist.

Kennzeichnend sind dafür u. a.

- die auf die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag und der Orientierungen der Partei gerichtete Arbeit unserer Menschen und die dabei erzielten Ergebnisse,
- die großen Anstrengungen und Initiativen der Werktätigen besonders auf ökonomischem Gebiet, aber auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die führende Rolle der Partei wird konsequent durchgesetzt, zwischen der Partei und der großen Mehrheit der Werktätigen besteht ein enges Vertrauensverhältnis. Besuch des Mausoleums ist ein solcher Fakt.

Dabei wird nicht unterschätzt, daß auch

- noch beträchtliche Zahl von Feinden und politisch labilen Menschen vorhanden ist,
- die Zahl jener Menschen, die offen ihre Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck bringt, unter dem verstärkten Einfluß des Gegners zugenommen hat und
- der Gegner insgesamt eine größere ideologische Wirksamkeit - mit allen damit verbundenen Auswirkungen - erzielt.

Dennoch ist die Lage politisch stabil, wird sie politisch beherrscht, sind die staatliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung und Sicherheit voll gewährleistet.

Positive volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung konnte trotz der im Verlauf der Plandurchführung 1987 aufgetretenen, zum Teil komplizierten Probleme fortgesetzt werden.

Zu diesen Problemen, darunter auch der Nichterfüllung von bestimmten Planaufgaben 1987, wurde erst jüngst auf der Beratung des Sekretariats des ZK unserer Partei mit allen 1. Kreissekretären konkret und kritisch Stellung genommen. Dies wird jedes Jahr durchgeführt und hat Langzeitwirkung.

- Das produzierte Nationaleinkommen stieg 1987 gegenüber 1986 um 4 %
- Die industrielle Warenproduktion erhöhte sich um 3,7 %
- Die Arbeitsproduktivität in der Industrie stieg um 6,6 %
- Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung wuchs um 4,6 %
- In Erfüllung des Wohnungsbauprogramms (Neubau, Rekonstruktion und Modernisierung - Kernstück des sozialpolitischen Programms) wurden 214 186 Wohnungen an die Bevölkerung übergeben.
- Die positive Entwicklung in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wurde erfolgreich fortgesetzt. Ausdruck dafür: höchstes Erntergebnis in der Pflanzenproduktion, dabei ha-Ertrag von 45,6 dt Getreide, und Übererfüllung des geplanten Aufkommens tierischer Erzeugnisse (Schlachtvieh, Milch, Eier, Wolle).
Dies ist Ausdruck der außerordentlich guten Anwendung des wissenschaftlich-technischen Potentials in der Landwirtschaft. Die Bauern arbeiten wie Wissenschaftler.

Nur durch diese Lage ist man etwas unabhängig vom Wetter, von den klimatischen Bedingungen. Sonst könnte man dieses hohe Niveau nicht halten.

Bei positiver Bilanz kann aber nicht außer acht gelassen werden, daß eine Reihe komplizierter Probleme aufgetreten sind.

- Das zur Verteilung im Inland verfügbare Nationaleinkommen verringerte sich infolge Erlösausfalls auf NSW-Märkten und dadurch notwendig werdende erhöhte außerplanmäßige Exporte.
- Die Akkumulation ist rückläufig, das hat zunehmend nachteilige Auswirkungen auf das erforderliche Niveau der Erneuerung und Modernisierung vor allem produktiver Grundfonds in Industrie, Landwirtschaft und im Transportwesen.
- Wachsende Investitionerückstände führten zu Ausfällen geplanter Produktion für Inland und Export (SW und NSW).
- Volkswirtschaftliche Effekte aus geplanten Maßnahmen der Wissenschaft und Technik entsprachen nicht den Erfordernissen und Möglichkeiten.
- In Industrie und Bauwesen ist ein absoluter Arbeitskräfterrückgang zu verzeichnen; dieser konnte durch ökonomische Verwertung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik bzw. durch Intensivierung/Rationalisierung nicht kompensiert werden.
- Seit 1986 übersteigt prozentual der Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung den Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens; 1987 im Vergleich zu 1986 wesentlich schnelleres Wachstum des Durchschnittslohnes bei Verlangsamung des Wachstumstempes der Arbeitsproduktivität.

Einige Fragen werde ich noch unter 4-Augen erläutern.

Gegen den Sozialismus gerichtete Pläne, Absichten, Aktivitäten
des Gegners

Vorliegende Erkenntnisse zeigen, daß sich Imperialismus in anti-sozialistischer Strategie den neuen Bedingungen der internationalen Klassenauseinandersetzung und Entwicklung des Sozialismus weitgehend angepaßt hat.

Gegner sieht neue Möglichkeiten der politischen, ideologischen, ökonomischen, diplomatischen und subversiven Einwirkung auf und in die sozialistischen Staaten/Staatengemeinschaft - dabei besonders auch Bestrebungen zum Mißbrauch Abrüstungs-, KSZE- und Dialogprozeß für Erweiterung gegnerischer Einflußmöglichkeiten.

Ich erläutere die Ereignisse und Einflüsse auf unsere Arbeit. Dies sind nicht irgendwelche phantastische Geschichten und Darlegungen, irgendwelche Vorstellungen. Auch nicht um mich wichtig zu machen. Ich glaube, daß unsere sowjetischen Freunde uns auch so verstehen.

Imperialistische Kräfte gehen davon aus, daß Entwicklung in UdSSR neue Möglichkeiten für Vorgehen gegen die kleineren sozialistischen Länder eröffnen würde.

Rechnen damit, daß Lösung vorhandener Wirtschaftsprobleme die Durchführung tiefgreifender Wirtschaftsreformen und engere Zusammenarbeit mit Westen notwendig macht - Gen. Gorbatschow erwähnte dies auch in seinem Gespräch -, daraus würden sich wesentliche Möglichkeiten für Förderung längerfristiger Entwicklung im westlichen Sinne ergeben. NATO strebt an, eine Übereinstimmung über die dabei zu verfolgenden lang- und mittelfristigen Ziele in Osteuropa zu erreichen.

Wirtschaftliche Unterstützung müsse letztlich zu einer echten "politischen Erneuerung" führen.

Zu diesem Zweck "dichteres Netz der Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten schaffen: der Friedenssicherung, des Umweltschutzes, der Wirtschaft und des Handels, der Technik, der Wissenschaft, der Kultur, der Reisen und Begegnungen. Daraus entwickeln sich die Verzahnungen, Verflechtungen, Abhängigkeiten und Forderungen der Menschen an ihre innerstaatliche politische Wirklichkeit", die es zur Durchsetzung der westlichen Ziele zu nutzen gilt (führende Vertreter der SPD).

Wesentliche Seite im strategischen Plan und Vorgehen des Gegners ist Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten der sozialistischen Staaten, des "Rechts" auf Mitsprache, Einwirkung, Einmischung in Vorgänge in sozialistischen Staaten. Nimmt nach unseren Erkenntnissen ständig zu - zunehmend unter mißbräuchlicher Berufung auf "neues Denken", "Perestroika" und "Glasnost", deren wahrer Inhalt verfälscht wird. Dabei aber auch zielgerichtete Nutzung von Unklarheiten, nicht genügendem Verstehen bestimmter Prozesse, Entscheidungen, Reaktionen.

Dies sind klare Beweise für unser gestriges Gespräch mit Gen. Gorbatschow.

Dieses Vorgehen hat u. E. neue Qualität erreicht, ist zu einem entscheidenden Bestandteil im gesamten Vorgehen des Gegners von außen und innerer feindlicher Kräfte geworden.

Offenkundig notwendig, bei Weiterführung politischen Auseinandersetzung mit diesen Kräften und ihren Plänen dennoch entschiedener auch mit strafprozessualen und strafrechtlichen Mitteln gegen antisozialistische Handlungen/Rechtsverletzungen vorzugehen. Feinde allein mit politischen Mitteln zu bekämpfen, kann zu gefährlichen Entwicklungen führen, die dann Einsatz von Mitteln erfordern, die mit erheblichen politischen Auswirkungen verbunden sind.

Dies ist auch unsere Meinung unter den Bedingungen der DDR.

Erhöhte Aufmerksamkeit nach unseren Feststellungen auch, bei Besuchen westlicher Politiker in sozialistischen Staaten zunehmend Zusammenkünfte/Gespräche mit feindlichen, oppositionellen Kräften durchzuführen.

Unsere Position dazu: Nicht zulassen, daß Verwirklichung dieser Ziele, derartige Treffen/Kontakte Bestandteil offizieller Besuche werden; deshalb Einfluß über diplomatische Kanäle, Aufforderung, derartige geplante Aktivitäten zu unterlassen oder auf Besuch zu verzichten; Durchsetzung von Reisesperrmaßnahmen gegen Personen, die maßgebliche Funktion bei Steuerung innerer feindlicher, oppositioneller Kräfte einnehmen sollen. Deshalb das große Geschrei im Westen von seiten der CDU und SPD, warum wir Bundestagsabgeordnete nicht einreisen lassen. Besondere Probleme durch Tolerierung entsprechender gegnerischer Bestrebungen in anderen sozialistischen Staaten. Es gibt eine ungenügende Koordination und Abstimmung.

Ausgangspunkte für politisch-ideologische Diversion zunehmend auch subjektivistisch gefärbte Einschätzungen besonders sowjetischer - vereinzelt auch anderer sozialistischer Staaten - Historiker, Kulturschaffender und Journalisten zur Entwicklung des Sozialismus, zu sogenannten weißen Flecken, Versäumnissen, Mängeln, Fehlentscheidungen.

(In diesem Zusammenhang Frage, ob Hinweise zutreffend, daß in Moskau ein Büro der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet werden soll.)

Diese Sache ist sehr bedeutsam für uns, ob die Hinweise zutreffend sind, daß in Moskau ein Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet werden soll. In der Presse hat man veröffentlicht, daß ein Beschluß der Sowjetregierung vorliegt. Deshalb für uns so wichtig, weil diese Stiftung als ideologisches Leitungsinstrument der SPD-Führung, vor allem für ideologische Einwirkung in sozialistischen Staaten und Beeinflussung von national befreiten Staaten und Befreiungsbewegungen, hinreichend bekannt.

Dies ist sehr wichtig für die taktische Anwendung unserer Methoden. Deshalb interessiert uns dies. Wir müssen das in unserer operativen Arbeit berücksichtigen.

Einige spezielle Erkenntnisse zum Vorgehen des Gegners gegen DDR.

Hauptsächliche Stoßrichtung des Gegners:

Auf der Grundlage der wesentlich verstärkten ideologischen Einwirkung unter Nutzung aller Möglichkeiten ein breites Druckpotential zu schaffen, das von Feinden, kriminellen und dekadenten Kräften bis hin zu politisch schwankenden, irregulierten und unzufriedenen Personen reicht. Ziel ist, möglichst breite Front von Kräften zu mobilisieren, die sich mit äußerer Unterstützung zunehmend in eine offene Konfrontation gegen sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung stellt, zu öffentlichkeitswirksamen Handlungen gegen unsere Rechtsordnung übergeht und Partei- und Staatsorgane ständig herausfordert. Es soll ein enger Zusammenschluß, ein möglichst einheitliches und abgestimmtes Zusammenwirken verschiedenartiger feindlicher, oppositioneller und negativer Kräfte erreicht werden; es sollen Gruppen/Gruppierungen etabliert, also bestimmte Organisationsformen geschaffen werden, die als sogenannte staatlich unabhängige Interessenvertreter, legal anerkannt und respektiert als gesellschaftliche Kraft Einfluß auf die Politik im Interesse der Durchsetzung gegnerischer Ziele nehmen.

In Auswirkung dessen gegenwärtig massive Versuche im Innern der DDR, ein abgestimmtes Handeln und die gegenseitige Unterstützung von Kräften politischer Untergrundtätigkeit, Übersiedlungersuchenden und reaktionären Kirchenkreisen und ihr noch engeres Zusammenwirken mit gegnerischen Einrichtungen und Kräfte aller Schattierungen zu erreichen. Diese Kräfte treten wesentlich aktiver und aggressiver auf (siehe versuchte Teilnahme/Provokationen anlässlich Liebknecht/Luxemburg-Gedankdemonstration 17. 1. 1988 in Berlin, Pläne zur Störung Demonstrationen u. a. Veranstaltungen anlässlich bevorstehenden 1. Mai). Der Plan besteht darin, eigene Demonstrationen mit eigenen Losungen durchzuführen. Wir haben außerordentliche Kräfte eingesetzt. Die Genossen arbeiten ununterbrochen, Tag und Nacht, weil viele Tausende Menschen ausreisen wollen. Sie wollen mit diesem provokativen Auftreten ihre Ausreise erzwingen.

In diesem Zusammenhang erhebliche Intensivierung des Zusammenwirkens äußerer und innerer Feinde - breite Palette subversiv in DDR hineinwirkender Kräfte, Vertreter Bundestagsparteien, besonders Rolle SPD, Grüne, Alternative Liste Westberlin, Spalterkräfte westeuropäischer Friedensbewegung, sogenannte Menschenrechtsorganisationen, z. B. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM), "Ableger" angeblich auch in UdSSR, ehemalige DDR-Bürger, besonders wegen staatsfeindlicher Tätigkeit Verurteilte, geheimdienstlich gesteuerte Mitarbeiter westlicher diplomatischer Vertretungen und akkreditierte Korrespondenten.

Wir haben Beweise dafür, es ist dokumentiert festgehalten, Mitarbeiter des SIS und der CIA sind aktiv. Ich habe dies im Politbüro gesagt, weil ich damit den Ernst der Sache aufzeigen wollte, daß wir solche Beweise haben. Dies ist sehr geheim, daß wir dokumentieren. Gsfährlich, wenn darüber gesprochen wird. Man könnte uns vorwerfen, wir würden damit andere Möglichkeiten stören.

Erhöhte Anstrengungen des Gegners, im Sinne "Einheit der deutschen Nation" politisch-ideologisch auf Bevölkerung der DDR einzuwirken.

Gegner nutzt für subversives Vorgehen solche begünstigenden Bedingungen wie

- zunehmende Kontakte und Begegnungen zwischen Bürgern beider deutscher Staaten (beachtliche Reaktivierung verwandtschaftlicher und bekanntschaftlicher Verbindungen),

1957 = 4,3 Mill. Einreisen aus BRD und Westberlin

Über 5 Mill. Ausreisen nach der BRD und Westberlin

26 Mill. Transitreisen zwischen BRD und Westberlin und umgekehrt

Für unser kleines Land und die geringe Bevölkerung ist dies eine Größenordnung. Diese Frage wurde mir oft gestellt. Es können doch Leute mehrmals reisen. Es kann kein Land feststellen und registrieren, ob einer 3 oder 4 mal kommt. Darauf kommt es nicht an. Wenn einer 4 x kommt, denn wirkt er auch 4x.

Die ideologische, die politisch-ideologische Frage ist entscheidend.

- wachsende Verbindungen zwischen Organisationen und Einrichtungen (insbesondere Bereiche Ökonomie, Wissenschaft, Kultur, Städtepartnerschaften).

Verstärkte Versuche, unter Jugend der DDR Fuß zu fassen, bestimmte jugendliche Personenkreise in Opposition gegen Staat zu drängen.

Wesentliche Aktivierung gegnerischer Bestrebungen:

Kirchen in DDR in Rolle legaler Opposition gegenüber Staat zu drängen, als schützendes Dach für antisozialistische Kräfte und deren Aktivitäten zu profilieren, d. h., Kirchen sollen politisiert und zu gesellschaftlichem Machtfaktor entwickelt werden.

Bestrebungen, sogenanntes Wächteramt gegenüber Staat einzunehmen und Mitspracherecht in gesellschaftlichen Fragen zu erzwingen, sich offen in staatlichen Angelegenheiten einzumischen.

Position MfS zur wirksamen Bekämpfung feindlicher, oppositioneller Kräfte im Innern:

- Hauptweg ist politische Auseinandersetzung, Einsatz politischer Mittel.
- Gegen Initiatoren/Organisatoren/Rädelsführer von Zusammenschlüssen, von öffentlichkeitswirksamen provokatorisch-demonstrativen Zusammenrottungen, gegen Provokateure werden differenziert strafrechtliche, strafprozessuale und ordnungsrechtliche Mittel angewandt; Hauptschlag gegen erkannte Führungskräfte, mit gegnerischen Einrichtungen und Kräften zusammenwirkende Feinde.
- Gegen weitere oppositionelle Kräfte, in Handlungen einbezogene Sympathisanten und Mitläufer Anwendung eines breiten Instrumentariums politisch-ideologischer, arbeitsrechtlicher und anderer rechtlicher Möglichkeiten (Belehrungen, staatliche Beauftragungen usw.); wann damit keine Disziplinierung erreichbar, weitere Rechtsverletzungen, dann auch hier differenzierter Einsatz strafrechtlicher und strafprozessualer Mittel.

Wir haben einen Maßnahmenplan für den 1. Mai erarbeitet. Die Hauptfrage für alle Mitarbeiter der Staatssicherheit, des MdI und alle gesellschaftlichen Kräfte ist zu wissen, welche Absichten bei den betreffenden Personen, die einen Ausreiseantrag gestellt haben, bestehen, um dies rechtzeitig zu verhindern. Man muß den Betreffenden unter Kontrolle halten. Wer sich trotz aller Maßnahmen unseren Auffassungen nicht fügt, wird von Sonnabend bis Montag festgesetzt und dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Also vorbeugende Haft. Damit haben wir gleichzeitig die Möglichkeit der Registrierung, können sie filtrieren und differenzieren. Dies ist fester Bestandteil unserer operativen Pläne und können damit größere feindliche Provokationen vorbeugend abwehren.

(Es folgen im Zusammenhang mit Zahlenmaterial der ZAIG einige Ausführungen zur Festnahmestatistik.)

Sie nutzen dabei demagogisch Losungen gegen uns u. a. unter Bezugnahme auf die Sowjetunion und die Politik der KPdSU. Dies hat nichts damit zu tun, daß wir dies anders einschätzen, aber der Feind nutzt solche Losungen und Worte u. a. von Rosa Luxemburg, Goethe usw.

Es ist möglich, daß wir nicht jeden vorbeugend erfassen. Es werden Gen. Honacker Empfehlungen gegeben, er möge dies beachten und die unmittelbare Entgegennahme von Gegenständen etwas begrenzen. Aber er wird dies nicht annehmen. Ein "Zufall" ist möglich. Ehrliche Leute übergeben Blumen, aber es können auch Blumen sein, die eine Briefbombe enthalten.

Zum Vorgehen im Zusammenhang mit Kirchen:

- Mit allen geeigneten politisch-operativen Mitteln, im engen Zusammenwirken mit staatlichen und gesellschaftlichen Kräften,

realistischen Kirchenkräften und kirchlich gebundenen Bürgern und unter Führung Partei wird unter Nutzung aller Möglichkeiten Differenzierungsprozeß in evangelischen Kirchen vorangetrieben; Ziel besonders, politisch realistische Kräfte zu stärken und zu profilieren.

- Alle Handlungen des politischen Mißbrauchs der Kirchen werden dokumentiert und durch Staatsapparat aktuell mit zuständigen kirchenleitenden Kräften ausgewertet, dabei staatliche Erwartungshaltung vorgetragen.

Zu Absichten des Gegners im Zusammenhang mit dem KSZE-Folgetreffen für Kampf gegen Sozialismus

Stimmen dem Bestreben der sowjetischen Delegation zu, "alles zu tun, um dem Wiener Treffen eine größere Dynamik im Interesse seiner zügigen Beendigung zu verleihen". Wir sehen aber in der Kompromißbereitschaft dort eine Grenze, wo politische und sicherheitspolitische Auswirkungen entstehen, die nur noch mit außergewöhnlichen Mitteln beherrschbar sein würden.

Das betrifft vor allem die Forderungen nach

Zulassung bzw. Respektierung der Tätigkeit sogenannter nationaler und internationaler Helsinki-Überwachungsgruppen,

eines "Rechts des einzelnen, die Einhaltung der KSZE-Dokumente durch die Staatsorgane zu überwachen", Die Berufung auf die nationale Gesetzgebung wird nicht ausreichend sein.

einer "Pflicht zur Beantwortung von Anfragen von nichtstaatlichen Organisationen und einzelnen Bürgern".

Diesen Forderungen kann aus der Sicht der DDR nicht zugestimmt werden.

Diese Bestrebungen zielen eindeutig auf die Schaffung institutionalisierter Einmischungsinstrumente für eine permanente Druckausübung gegenüber den sozialistischen Staaten ab, auf eine Veränderung der innerstaatlichen Gesetzgebung, um feindlichen, oppositionellen Kräften eine legale Betätigungsmöglichkeit und Berufungsgrundlage zu geben.

Es ist einzuschätzen, daß politische Stabilität und staatliche Sicherheit der DDR (und vielleicht auch anderer sozialistischer Staaten) nicht/kaum zu gewährleisten wäre, wenn diese feindlichen Kräfte legal wirken könnten, wenn sie offiziell institutionalisiert und massiv von außen unterstützt, ständig die Möglichkeit hätten, sich als sogenannte Dialogpartner des Staates zu produzieren, von solchen Positionen Druck auf die Partei- und Staatsführung auszuüben sowie durch fortgesetzte Störaktionen, Hetz- und Verleumdungskampagnen das internationale Ansehen der DDR, des Sozialismus zu schädigen bzw. zu beeinträchtigen.

Aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen - auch zur Vermeidung ständiger Erpressungs- und Einmischungsversuche unbedingt notwendig, die Grenzen unserer Kompromißbereitschaft eindeutig abzustecken. Die Grenzen liegen u. E. dort, wo Menschenrechts- und humanitäre Fragen aus der staatlichen Souveränität herausgelöst werden sollen, wo ein Recht auf Einmischung mit dem Recht auf "Klage" gegen den Staat im KSZE-Rahmen etabliert werden soll.

Entscheidungen zu solchen grundsätzlichen Problemen können nicht von Verhandlungsdelegationen in Wien, wie in Vergangenheit anzutreffen, sondern müssen von den Zentralen getroffen werden und nicht, daß wir es von dort erfahren.

Zu diesen und weiteren Fragen halten wir die noch engere Abstimmung zwischen den Zentralen und die Koordinierung des Vorgehens der Bruderländer für außerordentlich wichtig.

(Wurde vom DDR-Außenminister, Gen. Fischer, auch auf Außenminister-Beratung in Sofia vorgeschlagen.)

Weitere Fragen

1. Welcher Einfluß wird vom KFS auf die Verhandlungspositionen, insbesondere auf die Beachtung grundsätzlicher sicherheitspolitischer Positionen genommen?
2. Welche Erfordernisse/Möglichkeiten werden gesehen, derartige Standpunkte auch zwischen den Sicherheitsorganen mit abzustimmen, ein einheitlicheres Herangehen zu gewährleisten, betrifft auch die Umsetzung möglicher KSZE-Vereinbarungen unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten der sozialistischen Staatengemeinschaft?
3. Wird es ausreichend sein, wie Gen. Tschebrikow sagte, sich auf die nationale Gesetzlichkeit zu berufen? Sie werden uns erpressen und eine Veränderung der nationalen Gesetzlichkeit verlangen.

Welche Veränderungen der Rechtsnormen der UdSSR für die Verfolgung von oppositionellen Elementen sind evtl. vorgesehen? Von Bedeutung ist, welche grundlegenden Veränderungen sich schon abzeichnen.

Weitere Fragen:

Welche Pläne/Vorstellungen bestehen, bestimmte organisatorische Zusammenschlüsse ("Pamjat" u. a.) von feind-

lichen, oppositionellen Kräfte, soweit es sich um solche handelt, mit rechtlichen Mitteln zu verhindern bzw. aufzulösen, offizielle Aktivitäten zu unterbinden bzw. einzuschränken, damit auch rechtliche Grundlagen/Voraussetzungen für ein Vorgehen gegen einzelne Personen, besonders Führungskräfte, Inspiratoren, Organisatoren, zu schaffen?

4. Gibt es schon konkrete Vorstellungen über den Inhalt der von der sowjetischen Seite (Botschafter Kotschemassow) angekündigten Antwort zu westlicher Initiative zu Westberlin? Für den Sommer dieses Jahres wurde dies angekündigt.

Gibt es neue Erkenntnisse zu dem geplanten Besuch des westberliner Bürgermeisters Diepgen in Moskau?

Einzelprobleme

- Zur versuchten Flugzeugentführung in UdSSR Anfang März 1986: MfS interessiert an Erkenntnissen über Tathergang/Vorgehensweise der Täter, Ursachen/begünstigende Bedingungen und an Erfahrungen bei Aktion gegen Entführer/Luftfahrzeug.

(Hinweis aus Pressekonferenz des Stellvertretenden Ministers für Zivilluftfahrt in Moskau am 8. 4. 1986:

Sicherheitskontrollen auf Flughäfen UdSSR sollen verbessert werden. Fluggäste würden genauer kontrolliert. Engere Zusammenarbeit mit Flughäfen außerhalb der UdSSR werde angestrebt.

Welche Erfordernisse daraus evtl. für Zusammenarbeit der entsprechenden Linien des KfS - MfS?

Wie Veröffentlichung in "Komsomolskaja Prawda" vom 13. 3. 1988 zu verstehen, wonach gerichtliche Untersuchungen zur Aktion gegen Entführer erfolgen; Zweifel an Notwendigkeit der Verhinderung der Entführung auf sowjetischem Territorium, da die "Luftpiraten nach einer Landung in London ohnehin vor ein englisches Gericht gestellt werden wären"?)

- Zur Aufdeckung von Nazi-Verbrechen während des 2. Weltkrieges:

Bitte um Informierung über Inhalt der Gespräche des Genossen Sucharew (1. Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der UdSSR) mit Neal Sher (USA), Leiter des Büros für Sonderermittlungen des USA-Justizministeriums, im März in Moskau, über evtl. Vereinbarungen oder festgelegte Maßnahmen, um diese in weiterer Untersuchungsarbeit des MfS zur Aufdeckung von Nazi- und Kriegsverbrechen evtl. mit berücksichtigen zu können.

Vielleicht hat die sowjetische Seite jetzt die Möglichkeit, in die ganzen Archivzentren u. a. in Westberlin einzudringen.

Ich denke, daß unsere U-Organen eine wertvolle Arbeit geleistet haben, um Agenten des faschistischen Geheimdienstes aufzudecken bzw. solche, die fälschlicherweise als Agenten bezeichnet wurden, aber in Wirklichkeit Helden waren.

Dies ist für die sowjetischen Familien von großer Bedeutung; daß ihre Angehörigen große Patrioten waren.

Hier gibt es große Möglichkeiten.

Abschließend möchte ich mich auf die Zusage und die Vollmacht des Gen. Gorbatschow an Gen. Tschebrikow beziehen, den Informationseustausch zwischen uns auf ein höheres Niveau zu heben.

Was sehr sekret ist kann man sehr sekret an mich persönlich geben. Dies wird nur zur Autorität unserer beiden Organe beitragen.

Wir verhindern damit, daß manche Kombinationen entwickelt werden, daß unsere Zusammenarbeit nicht in Ordnung ist.

Bevor ich mit allen Fragen - außer dem 4-Augen-Gespräch - fertig bin, habe ich noch eine Frage als Vorsitzender der SV Dynamo, der ich seit 35 Jahren bin. Seit der Gründung bis heute.

Wir haben Euch ein Dokument geschickt über meine Ausführungen auf der 30. Konferenz der Dynamosportorganisationen. Wir haben dort eine klassenmäßige Position eingenommen. Es geht mir um die Regelungen für den Transfer sowjetischer Sportler, Fußball- und Eishockeyspieler. Blochin spielt in Österreich. Fetissow ging für 500.000 Dollar zur US-Profiliga.

Mich würde dies interessieren, weil dies im Gegensatz zu den Feststellungen auf der 30. Dynamokonferenz steht. Was hat sich verändert?

Die insgesamt damit verbundenen Auswirkungen werden uns, die sozialistische Sportbewegung, besonders den Leistungssport, vor erhebliche Probleme stellen - abgesehen vom Kampf gegen weitere Professionalisierung und Kommerzialisierung des Sports u. a. Angriffen gegen olympische Bewegung.

- Wie offizielle Ankündigung des Generalsekretärs von "Interpol" zu werten, wonach seit einem Jahr immer mehr Kontakte zwischen "Interpol" und UdSSR, so daß bald Beitritt der UdSSR zu "Interpol" erwartet wird (offizieller Antrag würde aber noch nicht vorliegen)?

Dank für die Aufmerksamkeit.

Möchte unterstreichen, daß unsere Ergebnisse, die guten Informationen unserer Agenturen im Lager des Feindes eine reale Einschätzung der Pläne und Absichten, strategisch und taktisch, des Gegners ermöglichen. Es sind keine Phantastereien und wir wollen auch keine Panik erzeugen.

Wenn der Sozialismus nicht noch anziehender wird, dann werden wir es natürlich auch sehr schwer haben, die Pläne zur Liquidierung des Sozialismus zu verhindern.

Sie sagen, der Sozialismus hat keine Perspektive. Er ist tot. Die Imperialisten schätzen aufgrund ihrer zweifellos noch vorhandenen Potenzen ein, daß sie die "ewige" Gesellschaftsordnung haben. Deshalb sind wir so besorgt und verfolgen sehr gründlich die Entwicklung. Deshalb unsere Darlegungen, die, soweit sie für unsere sowjetischen Freunde interessant sind, beachtet werden können. Vielleicht könnten wir noch Antwort auf unsere Fragen erhalten.

Gen. Tscheprikow: Vielen Dank. Ich werde einige Antworten geben. Danke für die Information zur Lage.

Ich werde versuchen, die Grundfragen zu beantworten.

Eine Reihe von Fragen, die Sie gestellt haben, sind verflochten mit anderen Problemen, z. B. die informellen Vereinigungen, darunter auch "Pamjat".

Die hauptsächlichsten informellen Vereinigungen entstanden vor ca. 2 Jahren bei uns.

Dank unserer Möglichkeiten kennen wir alle diese Vereinigungen. Zur Zeit gibt es im Lande etwa 33.000 solcher Vereinigungen.

Sie lassen sich in 3 Gruppen einteilen nach dem Charakter ihrer Tätigkeit usw.

1. Gruppe

Dies ist die größte Gruppe. Das Studium der Vereinigungen dieser Gruppe hat gezeigt, daß sie eine nützliche Arbeit leisten. Bildhaft ausgedrückt so haben sie ein bestimmtes Vakuum dort ausgefüllt, wo die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen keine Arbeit leisteten. Irgendwie fehlte es im Rahmen der gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen an Möglichkeiten zur Betätigung, so daß diese informellen Vereinigungen an diesen Stellen selbständig tätig geworden sind. Wichtig ist, daß wir in diesen Vereinigungen die positive Aktivierung der Bevölkerung sehen. Es gibt viele Gruppen, deren Tätigkeit auf die Erhaltung von Kulturdenkmälern gerichtet ist. Sie versuchen, in die Geschichte zurückzublicken, versuchen herauszufinden, ob alles fixiert ist. Mit eigenen Händen arbeiten sie an der Erneuerung dieser Denkmäler, nach Feierabend. Sie sind auf den verschiedensten Gebieten von Kunst, Literatur usw. tätig.

Es gibt auch Ökologiegruppen. Sie haben örtlichen Charakter. Sie verbinden ihre Tätigkeit mit der offiziellen Tätigkeit der örtlichen Organe und tragen zur konkreten Klärung bestimmter Fragen bei.

Diese Leute haben eine aktive Betätigung gefunden und beleben unser gesellschaftliches Leben. Sie arbeiten zusammen mit den örtlichen Exekutivorganen, mit dem Komsomol, der Presse usw. Dies ist der überwiegende Teil dieser informellen Vereinigungen.

2. Gruppe

Diese sind schon weniger zahlreich. Sie bestehen aus Leuten, die zur Zeit noch Diskussionen führen. Aber innerhalb dieser Gruppen selbst werden unterschiedliche Auffassungen vertreten.

Sie versuchen zu bestimmen, womit sie sich beschäftigen wollen.

Mit diesen beiden Gruppen führt die Partei eine große Arbeit durch. Es gibt einen speziellen Beschluß des ZK der Partei, der die Parteiorganisationen der Republiken, Gebiete, Kreise und die Grundorganisationen dazu verpflichtet, mit diesen Gruppen zusammenzuarbeiten, deren Richtlinien zu bestimmen, ihnen zu helfen, zu unterstützen und - wo es notwendig ist - zu korrigieren.

Dies müssen auch die Sowjetorgane, der Komsomol und die Gewerkschaften durchführen. Alle die genannten Organe arbeiten mit diesen Gruppen zusammen. Ein Teil dieser Gruppen hat schon seinen informellen Charakter verloren, aber um nicht den "Faden" zu verlieren, nennen wir sie weiter so, obwohl sie schon offiziell in anderen gesellschaftlichen Organisationen wirken.

Diese Gruppen rufen bei uns keine baunruhigenden Fragen hervor. Wir müssen weiter die Initiativen dieser Gruppen unterstützen. Dabei gibt es verschiedene Leute, junge Leute, Studenten, aber auch viele Rentner.

3. Gruppe

Dies sind wenige Gruppen. Keine große Zahl. Obwohl auch mit ihnen die Partei- und gesellschaftlichen Organisationen arbeiten, bemühen wir uns, sie unter operativer Kontrolle zu halten.

Wir kennen jede Gruppe, wie viele Leute es sind, womit sie sich beschäftigen, wo sie sich nicht richtig verhalten, zu welchen Gruppen die Geheimdienste Interesse zeigen.

Wir haben festgestellt, wie die Geheimdienste diesen Vereinigungen Materialien zuleiten. Es gibt Gespräche darüber, daß sie möglicherweise Vervielfältigungstechnik und andere Materialien zur Unterstützung geben wollen.

Wir orientieren unsere Organe darauf, daß sie auf keinen Fall die Bildung möglicher Untergrundgruppen übersehen dürfen. Gegen Gruppen, die sich falsch aber offen verhalten, kann man jederzeit beliebige Maßnahmen durchführen.

Gefährlich und ernst ist es, wenn im Untergrund gearbeitet wird. Unsere Aufgabe besteht darin, zu klären, ob unter einem Deckmantel irgendwelche Untergrundtätigkeit betrieben wird. Wir haben schon 1 - 2 Fälle aufgeklärt. Natürlich kann die Frage entstehen, ob wir schon alles wissen. Wir sind der Meinung, daß wir viel wissen. Wir arbeiten in dieser Richtung weiter.

Es wurde "Pamjat" genannt und die Gruppe "Verteidigung der Menschenrechte".

Sie fragen, ob wir irgendwelche gesetzlichen Mittel haben, diese Gruppen aufzulösen. Ich sage offen: Wir haben uns diese Aufgabe nicht gestellt, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um diese Gruppierungen aufzulösen. Wir haben nicht darüber nachgedacht, ob wir überhaupt so etwas brauchen. Wir sind der Meinung, daß wir Straftatsbestände haben, die, wenn notwendig, uns die Möglichkeit geben, zu handeln. Die Hauptaufgabe ist eine ordentliche Dokumentierung, zielgerichtet auf die Verbindungen dieser Gruppierungen.

Wenn man diese Dokumentation ansieht stellt man fest, daß es mehr laute Reden gibt als Tätigkeit.

Trotzdem sollen wir aufpassen, daß wir etwas Ernsthaftes nicht übersehen.

Wir informieren ständig das ZK über ihre Verbindungen und ihre Handlungen. Wir kennen alle Anführer dieser Vereinigungen. Wenn die Zeit kommt, werden wir eingreifen. Bisher bestand noch keine Notwendigkeit dazu. Einige Leute sind schon bekannt, die wir festnehmen und vor Gericht stellen werden. Nicht als Teilnehmer dieser informellen Vereinigung, sondern wegen Verletzung bestehender Gesetze.

Folgender interessanter Fall: Bei uns wird eine große Arbeit zur Vervollkommnung der Gesetzgebung durchgeführt. Dies erfolgt nur in den Kabinetts. Die Maßnahmen wurden noch nicht in der Öffentlichkeit besprochen. Wir sind noch nicht so weit, etwas konkretes vorzuschlagen. Diese Frage ist sehr ernst, die Gesetzgebung zu vervollkommen. Dies geht nicht in einigen Monaten. Es ist die praktische Grundlage eines Staates und jeder Artikel muß gründlich geprüft werden. Der Sekretär des ZK, Gen. Lukjanow, hat vor kurzem im Pressezentrum gesprochen über die Arbeit zur Vervollkommnung der Gesetzgebung, über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, der Miliz, der Gerichte und der Parteiführung, wie die Arbeit von allen gemacht wird. Am Ende wurden Fragen gestellt. U. a. warum ist bei uns die Gesetzgebung so schlecht. Wir haben den Artikel 70 des Strafkodexes - antisowjetische Propaganda. Dafür einsperren ist nicht human. In der ganzen Welt ist dies aufgehoben. Weiter Artikel 190. Für die Verletzung der Gesellschaftsordnung kann man inhaftiert werden.

Antwort: Wir arbeiten an der Änderung einiger Artikel. Wir haben einige Varianten. Er hat 2 Varianten über die Verurteilung dieser Delikte verlesen. Unter den Juristen erhob sich Geschrei: Dies wird noch schlimmer. Sie sprechen von Humanismus und dies ist noch schlimmer. Sie haben über Beseitigung dieser Artikel gesprochen, aber so wird es noch schlimmer.

Gen. Lukjanow darauf: Die verlesene Variante entspricht wörtlich den entsprechenden Artikeln des StGB der BRD! Warum schreien Sie also! Die gleichen Formulierungen sind zu finden in der Strafgesetzgebung Englands und der USA. Ich verstehe Euch einfach nicht. Ihr habt eigene Gesetze, die in Kraft sind. Was wollt Ihr noch von uns. Die eigenen Juristen kennen die eigenen Gesetze nicht. Lest erst genauer und dann lösen wir die Aufgaben. Warum macht Ihr Euch Sorgen um unsere Gesetze. Denkt über die eigenen Sachen nach.

Der genaue Wortlaut dieses Pressegesprächs wurde nicht veröffentlicht.

Die akkreditierten Journalisten der DDR, die dort anwesend waren, wissen es genauer.

Mit diesen informellen Vereinigungen werden wir noch viel zu tun haben. Ich möchte diese Fragen nicht vereinfachen, weil auch die positiven Vereinigungen noch viel Arbeit der Partei und gesellschaftlichen Organisationen erfordern. Wir dürfen nichts übersehen. Wir dürfen keine Möglichkeiten geben, daß sich die Geheimdienste einmischen. Uns ist ein Fall bekannt, wo es sogar um Waffen ging. Eine sehr große und komplizierte Arbeit. Für uns eine neue Arbeit. Früher haben wir uns in diesem Umfang damit nicht beschäftigt. Jetzt beschäftigen wir uns damit.

Viele Mitarbeiter beherrschen die Formen und Methoden dieser Arbeit. Wir haben eine spezielle Beratung durchgeführt. Dort haben wir ausführlich erläutert, wie man an diesen Organisationen arbeiten muß.

Wenn es so weitergeht, kann man diesen Prozeß leiten. Wenn wir schlecht arbeiten, können sie außer Kontrolle geraten.

Zu einer anderen Frage.

Sie haben richtig gesagt, daß der Feind neue Möglichkeiten gegen uns ausnutzt. Er nutzt dabei die Erweiterung des Dialogs, den Helsinkiprozeß (KSZE).

Damit bin ich einverstanden, daß der Feind diese Möglichkeiten nutzt. Natürlich werden unsere Botschaften, unsere Menschen, die im Ausland sind, gefährdet. Wir spüren ständig die Verhärtung des Regimes (Erhöhung der Zahl der Überfälle, Provokationen, Brandstiftungen). Dies steigt ständig an. Wir müssen im Ausland eine große Arbeit durchführen, um den Schaden zu begrenzen.

Ich möchte aber über etwas anderes sprechen.
Diese Möglichkeiten, die die Feinde erhalten haben, diese Möglichkeiten haben auch wir erhalten. Die Erweiterung der Beziehungen hat auch uns viel Nutzen gebracht.

Ein Beispiel, welches alle beobachten konnten:

Das Fernsehen beginnt jetzt, sog. Fernsehbrücken zu praktizieren.

Eine Gruppe unserer Bürger in Moskau und eine Gruppe von Bürgern in den USA oder England. Es gibt einen Gesprächsführer und einen Dialog. Alle können dies verfolgen. Die ersten Brücken waren für uns unglücklich. Sie sind nicht gelungen. Warum? Es gab keine Erfahrungen. Früher wurden keine offenen Dialoge geführt. Wir hatten nur wenig Zeit, um unsere Genossen darauf vorzubereiten, den Dialog zu führen. Das Auditorium war nicht ausgewählt. Es gab keine speziell eingeladenen Menschen. Die folgenden Brücken werden anders sein, wenn unsere Genossen solche Fragen stellen und solche Antworten geben, daß die westlichen Vertreter ihre vorbereiteten Antworten herausnehmen und wir sagen: "Nehmt das Papier weg, diese vorbereiteten Antworten!" Dies ist eine Schule, wir müssen lernen. Einige Organisatoren dieser Fernsehbrücken weichen jetzt manchmal zurück. Dies ist ein offener Dialog. Der Sozialismus hat doch Vorteile. Wir haben etwas zu sagen zu den Menschenrechten. Die Propaganda im Westen verfälscht die Tatsachen.

Sie haben gesehen, daß die sowjetischen Menschen keine Bären sind, wie sie dies in ihrer Presse darstellen.

Wir haben gezeigt, wie wir wirklich sind. Jetzt verlangen wir diese Brücken.

Gen. Mielke: Zu beachten ist, daß die Gesprächsführer in einigen Fragen, besonders was die deutsche Frage betrifft, nicht immer richtig geantwortet haben. Dies ruft Besorgnis hervor.

Gen. Tschebrikow: Dies ist bekannt. Den Genossen wurde dies gesagt. Die Sache besteht darin, die neuen Formen erfordern bestimmte Dinge. Wir sind für die Entwicklung des Dialogs. Wer zurückweichen wird, wird das Leben zeigen. Wir oder der Westen.

Die Taktik der westlichen Massenmedien uns gegenüber drückt sich in der "Theorie der nicht erfüllten Erwartungen" aus. Beschlüsse werden gefaßt, aber nicht realisiert.

Wir sagen selbst, was es bei uns nicht gibt, z. B. kein Fleisch. Aber sie versuchen diesen Punkt zu nutzen und darzustellen, daß der Plan nicht erfüllt wurde.

Diese theoretische Bezeichnung zeigt, unter welcher Losung sie gegen uns die Propaganda führen wollen.

Wir sehen, daß wir besser arbeiten müssen, die Beschlüsse und Pläne erfüllen, jeder an seinem Arbeitsplatz. Nicht erfüllte Erwartungen werden sich in realisierte Erwartungen verwandeln.

Zum Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Dies kenne ich nicht.

Gen. Krjutschkow: Dies befindet sich in der IV des ZK im Stadium der Prüfung.

Gen. Tschebrikow: Eine Antwort erhalten sie über Gen. Titow. Persönlich kenne ich dieses Problem nicht. Insgesamt ist unsere Linie: größere Offenheit nach außen und mehr Kontakte. Dies ist die große Linie.

Ob dieses Büro dabei eine Rolle spielt, weiß ich nicht.

Mit den Methoden des Kampfes bin ich völlig einverstanden. Wir arbeiten genauso.

Politische Mittel, vorbeugende Festnahmen. Wann wir wissen, daß eine Demonstration beabsichtigt ist, nehmen wir vorbeugend eine Gruppe von Leuten fest. Wir arbeiten genauso wie Sie.

Zum Wiener Treffen

Ich werde nicht auf jede Frage antworten.

Die Zahl der von westlicher Seite Teilnehmenden ist viel größer als die Zahl der Delegationen der sozialistischen Länder. Dazu versuchen die Rumänen wie immer, sich etwas Neues auszudenken. Wir müssen besser unsere Kräfte vereinen, besser koordinieren. Die Zeit ist gekommen, zu beginnen, offensiv zu handeln, die Amerikaner ins "Schwitzen" zu bringen.

Z. B.: Wenn ein Amerikaner eine bestimmte Arbeitsstelle haben will, muß er über den "Lügendetektor". Wenn man sie fragt, wie viele Millionen dies betrifft, können sie es nicht beantworten. Dies ist ein viel schlimmerer Verstoß gegen die Menschenrechte. Das ist eine Erniedrigung der Menschen. Das müssen wir ihnen aufzeigen, aus welchen Anlässen sie Menschen erniedrigen. Unsere Menschen kennen so etwas nicht.

Dort erniedrigt man die Menschen so und an uns wollen sie Forderungen zu den Menschenrechten richten.

In 15 Bundesstaaten gibt es dieses Gesetz nicht. Wenn sie aber die Arbeitsstelle haben wollen, müssen sie schriftlich das Einverständnis geben, überprüft zu werden. Gibt er dieses Einverständnis nicht, da es das Gesetz nicht fordert, erhält er nie eine Arbeitsstelle.

Wir verteidigen uns nur und sie greifen uns immer offensiv an. Wir müssen unsere Leute besser darauf einstellen.

In unserer Presse wird jetzt sehr viel veröffentlicht über die USA und die Lebensweise dort. Wir können doch das gleiche wie sie tun.

Wien ist eine ernste und schwierige Aufgabe.

Wir sollten unsere Taktik ändern und sollten den Amerikanern abgewöhnen, daß sie uns kommandieren. Wenn wir dies nicht tun, bleiben wir in der Defensive.

Zum Diepgen-Besuch

Dies kenne ich bis jetzt nicht. Noch nichts davon gehört. Wenn wir etwas erfahren, informieren wir.

Zu Westberlin gilt das Vielseitige Abkommen von 1971. Weiter weiß ich nichts.

Gen. Titow: Diepgen will schon lange zu uns kommen. Er versuchte, sich in verschiedene Delegationen einzugliedern, darunter auch in eine Delegation von Bundestagsabgeordneten. Wir sind kategorisch dagegen. Vor kurzem war ein Treffen mit dem sowjetischen Botschafter.

Gen. Tschebrikow: Offiziell kann ich keine Antwort geben. Auf irgendwelchen Ebenen war ich nicht beteiligt.

Gen. Titow: Die letzte Variante ist Empfang als Vertreter der Handelskammer. Nur unter der Bedingung, daß es zu keiner Verletzung des Westberlin-Status kommt.

Gen. Mielke: Titow soll eine konkrete Antwort geben!

Gen. Tschebrikow: Zur Flugzeugentführung

Den Versuch hat eine Familie gemacht. Eine eigenartige Familie mit musikalischer Befähigung, aber auch negativen persönlichen Eigenschaften. Der Vater war Alkoholiker. Sie spielten eine gute Tanzmusik. Einige Familienmitglieder waren vor kurzem zu einer Tournee in Japan. Sie hätten bereits früher bleiben können. Sie hätten auch wieder Reisepässe erhalten. Der Initiator war die Mutter der Familie mit zwei älteren Brüdern. Da sie schon oft gereist und in der Stadt bekannt waren, wurden sie nicht so streng kontrolliert. Sie hatten einen Kontrabaß. Darin hatten sie 2 abgesägte Schrotflinten und eine Sprengstoffladung versteckt.

Da sie nicht so streng kontrolliert wurden, konnten sie dies mit ins Flugzeug nehmen.

Während des Fluges verlangten sie, den Flug nach London fortzusetzen. Nach unserer Ordnung haben die Besatzungen die Weisungen, den Luftpiraten nicht zu folgen. Die Frage wurde in den entsprechenden Gremien beraten und das weitere Verfahren abgestimmt. Die Maschine landete auf einem Reserveflugplatz. Dieser lag aber vom Standort der Spezialeinheit so weit entfernt, so daß diese nicht herangeführt werden konnte. Bei deren Einsatz hätte es sicher weniger Opfer gegeben wie beim Einsatz durch die normalen Milizkräfte.

Zum Artikel in der "Komsomolskaja Prawda".

Offen gesagt, ich habe zu diesem Artikel einen Brief an das ZK geschrieben, weil der Korrespondent dieser Zeitung einige unserer Methoden zur Unschädlichmachung von Luftpiraten verraten hat. Dies durfte er nicht.

Im Artikel stand, daß im Boden der Kabine eine Luke ist, die mit einem Teppich abgedeckt ist. Diese Luke dient dem Eindringen ins Flugzeug.

Dies hat er beschrieben und damit diese Methode verraten.
Früher war dies nicht bekannt. Damit wurde uns eine Möglichkeit genommen.

Noch eine Nuance. Man hat so mehr Schaden gebracht. Entweder soll man sich mit uns abstimmen oder nichts schreiben.
Dies habe ich dem ZK geschrieben.

Entsprechende Weisungen sind jetzt ergangen. Sollen die Zeitungen schreiben, wir werden handeln, wie wir es für erforderlich halten. Obwohl die "Komsomolskaja Prawda" eine autoritäre Zeitung ist, ist es nicht ihre Kompetenz. Sie sollen sich mit den Jugendfragen beschäftigen. Damit endete diese Initiative. Ich habe die Presse kritisiert.

Wir haben Schwierigkeiten mit unserem Fernsehen. Wenn im Ausland so etwas passiert, zeigen sie dies ausführlich und alle erhalten damit Anleitung.

Wenn es Opfer gibt, kann man nicht den Operativen kritisieren.

Zu den Archiven

Dies habe ich nicht gelesen. Eine Information wird zusammengestellt.

Zu Interpol

Dies ist Sache des MdI. Sie führen Gespräche.

Mein Standpunkt = Ich war und bleibe dagegen.

Wir haben nie mit Interpol etwas zu tun gehabt. Was das MdI denkt, weiß ich nicht. Daraus wird kein Nutzen für uns entstehen.

Gen. Mielke: Kann man Einfluß auf das MdI nehmen, wie sie entscheiden sollen?

Gen. Tschebrikow: Sie fragen uns und erhalten unsere Antwort.

Gen. Krjutschkow: Sie haben nur einige Kontakte. Haben aber nicht die Absicht beizutreten.

Gen. Tschebrikow: Die bessere Informationstätigkeit werden wir berücksichtigen. Wir haben früher mehr Informationen geschrieben und bemühen uns, rechtzeitig zu informieren.

Zum Transfer unserer Sportler

Unser Sportkomitee beginnt dies zu praktizieren.

Gen. Krjutschkow: Als Trainer sind unsere Sportler schon längere Zeit im Ausland tätig.

Gen. Tschebrikow: Mir ist diese Frage gleichgültig. Es fahren solche, die wir nicht mehr brauchen. Mich interessiert diese Frage nicht. Es gibt zwar einige Fragen, aber sie haben keine direkten Beziehungen zur Sicherheit des Landes.

Gen. Mielke: Aber zwischen den Sportverbänden.

Gen. Tschebrikow: Das ist Sache von Gramow. Ich werde mir merken, daß wir darüber gesprochen haben.

Gen. Mielke: Die Sache ist so, daß Schwierigkeiten für unsere Leistungssportler kommen. Dann fängt das bei uns wieder an, daß andere fahren können, aber unsere nicht.

Es geht um die Koordinierung der sozialistischen Länder und dies erfolgt ohne Abstimmung.

Es ist keine Frage der Macht. Aber es hat politische Auswirkungen.

Gen. Tschebrikow: Bisher fühlen wir dies nicht.

Gen. Mielke: Sie fühlen dies nicht, was wir spüren.

Gen. Tschebrikow: Auch ich möchte zum Abschluß ein operatives Geschenk symbolisch überreichen (Liste).
Konkret erfolgt die Übergabe durch die Vertretung in Berlin.